

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

150 (2.7.1919)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postschalter monatlich 1.60 M, vierteljährlich 4.80 M. Ingeheftet durch unsere Träger monatlich 1.70 M, vierteljährlich 5.10 M; durch die Post 1.74 M bezw. 5.22 M, vorauszahlbar. Ausgabe: Wertag mittags; Geschäftszeit: 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleise od. deren Raum 25 A, zuzügl. 30 % Druck- und Anzeigengebühren. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde: 1/2-1/2 Uhr vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

### An die Partei!

Parteilosen! Parteilosen! Fast fünf Jahre kämpfte die deutsche Sozialdemokratie für die Beendigung des Krieges und für einen Frieden, der Freundschaft und kulturellen Wettbewerb der Nationen ermöglichen sollte. Entgegen den bürgerlichen Eroberungspolitikern, die im Siegestaumel den klaren Blick für die Machtverhältnisse der Welt verloren hatten, verlangten wir unentwegt einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen und suchten die Bande internationalen Zusammenwirkens der Proletarier aller Länder neu zu knüpfen. Leider bestimmten aber bis zum 9. November 1918 nicht die Sozialdemokratie, sondern die Alldeutschen die Politik unserer Heimat. Deshalb ist der traurigste Frieden, den je die Weltgeschichte gesehen hat, für uns das Endergebnis dieses Krieges geworden, ein Frieden, der die Völker dauernd zu verfeinden droht, der den interalliierten Kapitalismus und Imperialismus über den deutschen Sozialismus setzen will. Mit schwerem Herzen und nach langen inneren Kämpfen haben die Mitglieder unserer Fraktion dennoch diesem Gewaltfrieden zustimmen müssen. Sie taten das, um dem deutschen Volk noch größere Not, noch tieferes Elend, um dem deutschen Volke die Zerreißung der Nation, die Verletzung unserer Städte und Industriegebiete durch einen rücksichtslos nach dem Kriegszug handelnden Feind zu ersparen.

Aufs tiefste niedergebengt geht das deutsche Volk schwerer Prüfung entgegen. Wenn wir trotzdem nicht verzweifeln, wenn wir dem fürchterlichen Schicksal nicht unterliegen, so nur, weil wir Sozialdemokraten sind und in der Verwirklichung des Sozialismus die alleinige Rettung aus dem gegenwärtigen Elend sehen. Wir wissen aber, daß wir nur durch Demokratie und durch den geschlossenen Willen der Arbeiter die hohen Ziele des Sozialismus erreichen können. Deshalb muß es das Bestreben aller Parteigenossen sein, alle sich zum Erfurter Programm bekennenden Volksgenossen in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu vereinen.

Putschistische Aktionen dagegen dienen letzten Endes nur der Reaktion;

sie führen unser Volk und Land unentrinnbar in den Abgrund und machen jeden Aufstieg unmöglich.

Als Sozialdemokraten wissen wir, daß wir der Entwicklung der Gesellschaft nicht vorgreifen können. Freilich heißt nicht nur Freiheit für sich selbst in Anspruch nehmen, sondern in einer Volksgemeinschaft von Freiheit zu leben. Dazu brauchen wir jetzt alle Kräfte unseres Volkes in Industrie, Handel und Landwirtschaft, um leben zu können. Diese Kräfte werden aber nicht freigemacht, sondern gefesselt, wenn man weite Kreise des Volkes entrechtet und unter die Entwürdigung einer Diktatur stellt. Die deutsche Sozialdemokratie hat nichts so heilig und so entschieden bekämpft, wie den Arbeitszwang. Sie kann nicht dazu übergehen, diesen Arbeitszwang, verbunden mit politischer Entrechtung unter dem Schlagwort der Diktatur des Proletariats für einen anderen Volksteil einzuführen. Die putschistische Taktik der Unabhängigen und Kommunisten bedeutet die Herrschaft der Anorganisierten über die Organisierten, der Unwissenden über die Aufgeklärten, der Eigenmächtigen über die Uneigenmächtigen.

Sie bringt nach mehr als vierjährigem Krieg den Bürgerkrieg in Deutschland und im weiteren den allgemeinen Zusammenbruch der Völker.

Wohl ist die Politik der Partei eine ungeheure Belastungsprobe für die Gebildeten und noch mehr für die politische Einsicht der deutschen Arbeiterklasse. Aber besteht sie diese Probe nicht, dann wird Deutschland in der Kultur um viele Jahrzehnte zurückgeworfen. Auf dem wirtschaftlichen Trümmerfeld, das der Krieg schuf, kann der Sozialismus nicht unmittelbar emporklimmen. Sozialisiert kann nur werden, was etwas zu sozialisieren ist. Das müssen die deutschen Arbeiter erkennen und dann handeln.

Wir werden weiter in Dorf und Stadt, in Land und Reich ununterbrochen wirken, um die Forderungen unserer Partei zur materiellen Hebung der Arbeiterklasse durchzuführen. Die

Sozialisierung und Kommunisierung der dazu reifen Betriebe und Industriezweige zur Sicherung der Lebenshaltung der Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten muß verwirklicht werden. Ebenso muß die Arbeiterklasse moralisch, geistig und kulturell gehoben werden. Dazu hat der Parteitag in Weimar wertvolle Vorarbeit geleistet.

Wir werden in der Reichsverfassung die republikanische Verfassung sichern und für immer die Wiederkehr der früher herrschenden Mächte zu hindern und Kräfte für Deutschland unmöglich zu machen.

Imperialismus und Materialismus, kapitalistische Ausbeutung in jeder Form haben diesen Krieg verursacht. Die Niederwerfung des Sozialismus in Deutschland, in seinem Ursprungs- und Zukunftsland ist das Streben der Entente. Dagegen müssen und werden sich die Völker der ganzen Welt in ihrem eigenen Interesse auflehnen. Wir sind überzeugt, sie schlagen in unsere Hand, wenn es nach dem Weltkrieg gilt, den Kampf aufzunehmen gegen den Imperialismus, Kapitalismus und Militarismus in allen Ländern. Unsere Hoffnung ruht auf der Kräftigung und Sicherung des deutschen Sozialismus, auf der Vervollendung des Siegeszuges unserer Partei in Deutschland wie in Oesterreich, in Frankreich wie in England, in Amerika wie in Australien. So sehen wir in hoffentlich nicht zu ferner Zeit an Stelle des zusammengebrochenen Völkerbundes ein neues Weltvolk, das die unerschütterlichen Festsätze der Völkerwelt des Sozialismus, der die ganze Welt umfaßt und die Wiederkehr jedes Zwiespaltes der Nationen, jedes blutigen Krieges, jedes die Völker in die Verdamnis treibenden Friedensverhindern wird.

Parteilosen! Seht Euch zusammen in den Organisationen der Partei. Stärkt unsere Presse, schmiedet die Waffen des geistigen Kampfes, die den Endsieg verhüten! Vorwärts und aufwärts! Durch Nacht zum Licht!

Berlin, den 27. Juni 1919.

**Der Parteivorstand:**  
Partei. Braun. Frank. Juchacz. Mollenhuth.  
Müller. Pfannkuch. Ritter. Hynck. Scheidemann.  
Schulz. Wels.

### Der Friedensvertrag vor der französischen Kammer.

Paris, 1. Juli. Auenceवास. In der gestrigen Kammerführung brachte Clemenceau den Friedensvertrag ein. Die Kammer jubelte ihm zu. Clemenceau begann mit der Erörterung seiner ersten Stimme. Er führte u. a. aus: Die erste Lesung unserer Seele nach Beendigung des größten Dramas der Geschichte soll ein großes Fest sein in der Welt sein. Die Drohung, die die Welt in Todesangst brachte, ist umgewandelt in ein Werk des Sieges. Der Tag ist gekommen, da das Recht wieder regieren soll für die Sicherheit des Friedens, des arbeitenden Volkes. (2) Den Frieden wollen wir zur Ausführung bringen ohne Schwäche, ohne theatralischen Hochmut, mit dem unwandellichen Entschluß, unserer großen Taten würdig zu bleiben. Der Frieden kann aber nur ein wirklicher Frieden sein, wenn er nicht durch den Geist der Streitsucht im Innern verraten wird. Der wahre Frieden kann nur durch Arbeit und dauernde Gerechtigkeit errungen werden. Innere Konflikte bedeuten Vergeudung von Energie. Die Geschichte hat klar gesprochen. Alle Tränen, alle Leiden und alle Wunden haben uns erlöhnt und uns zu besseren Franzosen gemacht. Frankreich steht aufrecht, stark und kräftig, stark im Willen zur Gerechtigkeit, stark in der Tugend seiner großen Soldaten. Frankreichs Wahnsinnigkeit schlingert nicht. Clemenceau schloß: Nun ans Werk, an die Aufgabe von Morgen, die sich an jene von heute und gestern anschließt. Wir sind nicht gerechtfertigt worden aus den Händen der Barbaren, um uns im Bruderlande zu vernichten. Den Barbaren genügt es, sich zu nähigen und sich zu beherrschen und sich von den verabscheuungswürdigen Schmeichlern zu befreien, die ihnen vordrängen, daß die Macht absolut sei, und daß sie ungestraft alles tun dürfen, ohne daß sie die Verantwortung dafür tragen. Sie, meine Herren, werden das Werk zu Ende führen, zu dem Sie uns bisher Ihre Mitarbeit nicht verweigerten. — Die Rede wurde öfters durch Beifall unterbrochen.

Paris, 1. Juli. In der Kammer erklärte Clemenceau noch u. a.: Den Arbeitern genügt es, sich zu nähigen. Von verabscheuungswürdigen Schmeichlern sollten sie sich nicht auf irdige Bege verleiten lassen, die ihnen einreden, daß die Macht bei ihnen sei. Die Regierung werde alles tun, was in ihren Kräften stehe, um nach und nach eine rationelle Ordnung an Stelle der durch die Gewohnheiten des Krieges eingeführten empirischen Verordnungen wieder herzustellen.

### Ministerpräsident Ulrich im besetzten Gebiet.

Darmstadt, 30. Juni. Dringenden, wiederholt geäußerten Wünschen der verschiedensten wirtschaftlichen und politischen Organisationen in Mainz nachkommend, besuchte Ministerpräsident Ulrich am Freitag und Samstag — zum erstenmal seit der Befreiung — die Stadt Mainz. Während das Aufsehen der nationalen Farben im besetzten Gebiet generell verboten ist, wurde beim Ercheinen des höchsten Ministerpräsidenten die weiß-rote Fahne neben der Tricolore auf dem Regierungsgebäude gehißt. Am Freitag hatte der Ministerpräsident längere Konferenzen mit dem Mainzer Gewerbetreibenden und Korporationen. Durch den Oberst Claudon ließ General Mangin den Ministerpräsidenten Ulrich um seinen Besuch für Samstag vormittag bitten. Dieser Empfang durch den General vollzog sich in feierlicher Form mit militärischem Gepräge. Der Ministerpräsident verhandelte mit dem französischen General insbesondere über die Schwierigkeiten des amtlichen Verkehrs zwischen dem besetzten und nichtbesetzten Gebiete Hessens, über die Fragen der Lebensmittelversorgung wie auch einer Annahme der kürzlich ausgewiesenen Mainzer und der benachbarten Eisenbahnen. Der General bekundete weitgehendes Entgegenkommen und sagte insbesondere zu, Anweisungen geben zu wollen, daß alles getan würde, was geeignet wäre, die wirtschaftliche Lage Hessens zu erleichtern. Im Verlaufe der Unterhaltung legte Ministerpräsident Ulrich auch ausdrücklich Verwahrung ein gegen die von Dr. Dornen und Konforten betriebene Agitation für eine „rheinische Republik“.

### Unsere Kriegsgefangenen

Das halbamtsliche Büro verbreitete kürzlich die Mitteilung, daß eine Kommission des Reichsmarineamtes voraussichtlich sehr bald nach Japan gehen werden, um die dortigen deutschen Kriegsgefangenen für die Heimbeförderung zu übernehmen. Vermutlich wäre diese Ankündigung nicht erfolgt, wenn ihr nicht bestimmte Aussagen zuhändiger japanischer Stellen vorausgegangen wären. Die Japaner haben also als erste unserer bisherigen Gegner nicht allein ihre Bereitwilligkeit, die Kriegsgefangenen Deutschen sobald wie möglich nach Friedensschluß zu befreien, bekundet, sondern auch praktische Schritte getan, um diesem einfachen Gebot des Rechts und der Menschlichkeit zu einer kühnen Ausführung zu verhelfen. Ein ähnliches Volk

dessen Forderung auf Massengleichheit gerade erst auf der Friedenskonferenz an den Vorkurteilen der Weissen gecheitert ist, bekämpft infolgedessen erneut die ganze gegen uns verbündete zivilisierte europäische und amerikanische Welt durch sein Verständnis für das, was Anstand und Ritterlichkeit gegenüber dem Feind von gewöhnlich erfordern.

### Einmarsch in Hamburg.

Hamburg, 1. Juli. Der Einmarsch der Reichswehrtruppen von allen Richtungen entwickelte sich planmäßig. Hamburg, 2. Juli. Wie wir erfahren, ist der Marsch der Reichswehrtruppen in Hamburg allenthalben ohne Schwierigkeiten vorankam. In einzelnen Punkten kam es zu Widerständen, wobei auch mit der Schußwaffe vorgegangen werden mußte. Soweit bis jetzt bekannt ist, ist ein Toter zu beklagen. Mehrere Zivilpersonen wurden verwundet. Der Freischaß, der unter strenger Bewachung steht, ist vollkommen gesichert. Für die nächsten Tage ist eine allgemeine Waffenabgabe angeordnet.

### Fortdauer des Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 1. Juli. Während der Allgemeine Eisenbahnerverband beschlossen hat, seinen Mitgliedern die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen und für gestern nachmittag eine Vertrauensmännerversammlung einberufen hatte, um ihnen weitere Direktiven zu geben, haben sich die Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerbundes für die Fortsetzung des Streiks ausgesprochen. Sie erklären die Verprechung der Regierung auf Herabsetzung der Lebensmittelpreise für ungenügend und fordern ferner die sofortige Entlassung von drei in Schußhaft befindlichen Mitgliedern ihres Verbandes. Außerdem stellen sie die Forderung auf Lohnerböschung, sowie Mitbestimmungsrecht. Die Folge dieses Beschlusses war, daß gestern nachmittag die Mehrzahl der Eisenbahnarbeiter und Landarbeiter, die zur Wiederaufnahme der Arbeit in den Werkstätten erschienen waren, die Arbeit erneut niederlegten. Die großen Betriebswerkstätten liegen wieder vollständig brach und selbst wenn sich eine größere Anzahl von Zusatzpersonal zur Verfügung stellen würde, wäre die Verbefähigung besserer Verkehrsverhältnisse auf den Fern-, Vorort- und Nebenbahnen unmöglich. Ein allgemeiner Streik der Betriebswerkstättenarbeiter muß schon in wenigen Tagen die vollständige Bruchlegung jeden Eisenbahnverkehrs zur Folge haben.

### Von der Nationalversammlung.

Weimar, 1. Juli. Der Vorkonferenzrat der Nationalversammlung einigte sich in seiner heutigen Sitzung dahin, das Siedlungsgebot noch heute in allen Leistungen zu beraten und morgen Mittwoch 2 Uhr mit der dritten Lesung der Verfassungsvorlage zu beginnen. Man hofft, in dieser Woche mit der dritten Lesung der Verfassungsvorlage fertig zu werden. In der nächsten Sitzung sollen dann die zehn Steuerentwürfe in Angriff genommen werden. Man hofft, die erste Lesung dieser Steuerentwürfe in drei Tagen erledigen zu können. Hierauf (11. und 12. Juli) soll die Verfassungsvorlage in dritter Lesung ihre Verabschiedung finden. Dabei wird eine ausgiebige Generaldiskussion zugelassen werden. Von den Steuerentwürfen sollen die Kriegsgewinnsteuern und die großen Vermögensabgaben noch im Juli in allen Lesungen verabschiedet werden, um sofort in die Wirksamkeit treten zu können. Man hofft, bis Ende Juli den vorliegenden Arbeitsstoff bewältigt zu haben. Ende August werden die Steuerentwürfe in Berlin zusammenzutreten. Das Plenum wird von Oktober bis Dezember in Berlin tagen. Neuwahlen werden voraussichtlich im Januar stattfinden.

### Gothaischer Verfassungsentwurf.

Berlin, 1. Juli. Die aus drei unabhängigen bestehenden Regierung legte der Gothaer Landesversammlung den Entwurf einer Verfassung für den Freistaat Gotha vor, in dem das reine Räteystem festgelegt werden soll. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Die vollziehende Staatsgewalt wird von den Arbeiter- und Bauernräten ausgeübt. Die Regierungsgeschäfte führt der Rat der Volksbeauftragten, bestehend aus drei Mitgliedern. Die Kirche wird vom Staat und die Schule wird von der Kirche endgültig getrennt. Religionsunterricht darf nicht mehr erteilt werden. Privat Schulen sind verboten. Da im Landtage die Unabhängigen mit 7 von 9 Stimmen die Mehrheit besitzen, dürfte dieser Entwurf angenommen werden.

### Die Letzten in Riga.

Berlin, 1. Juli. Drahtnachrichten aus Kopenhagen zufolge haben lettische Truppen Riga eingenommen. Wir erfahren dazu von zuständiger Stelle, daß die Reichsregierung einen Schiffsverlehrs nach Riga eingerichtet hat, um nach Möglichkeit die dort zurückgebliebenen Deutschen in die Heimat zurückzubefördern.

### Die Erdbebenkatastrophe in Italien.

Mailand, 1. Juli. In Lorenz hat am Samstag nachmittag das in ganz Mitteleuropa verpörrte Erdbeben beträchtlichen Schaden verursacht. In allen öffentlichen Versammlungen brachen Paniken aus. Mehrere Personen wurden durch stürzende Steine verletzt, die Feuerwehre mußte an vielen Stellen eingreifen. Am benachbarten Sommeraufenthaltsort Fiesole sind zwei Villen eingestürzt. Die Kathedrale von Vorgia Santa Lorenza ist zum Teil eingestürzt. In Rosina stürzten der Bahnhof und einige Häuser ein. In Corolla sind fast alle Häuser unbeschädigt. Nach den neuesten Nachrichten sind mehrere Hundert Personen obdachlos. Viele Personen sind vermisst. Das Dorf Vidio ist nur noch ein Trümmerhaufen. In Santa Sophia sind etwa 2000 Personen obdachlos. Die Bevölkerung des ganzen Landstriches der Provinz Toscana ist in großer Aufregung und übernachtet im Freien.

Verhaftung. Der Vorsitzende des Verbandes der Bankbeamten, Emmons, ist in Berlin verhaftet worden, weil er eine folgende L. Bische Probanda zum Sturz der Regierung betrieben hat.

# Der deutsche Gewerkschaftskongress.

L. r. Nürnberg, 30. Juni 1919.

Stärker als je ist der diesmalige Gewerkschaftskongress be-  
sucht, der hier heute vormittag im Saale des Kulturvereins  
seinen Anfang nahm. Nach der Präzedenz sind 644 Delegierte  
anwesend, die nach dem Stand der Gewerkschaften vom 31. März  
1919 4700 887 Mitglieder vertreten. Zahlreich ist die Zahl der  
Gäste; an der Spitze der ausländischen Vertreter steht der alte  
Grenzlich aus der Schweiz, der mit noch zwei Delegierten den  
Schweizerischen Gewerkschaftsbund vertritt. Ferner sind vertreten  
die Gewerkschaftszentralen von Dänemark, Norwegen, Schweden,  
Holland, Oesterreich, Soziale Vereinigungen, Angestellte- und  
Beamtenorganisationen, die der G. K. noch nicht angeschlossen sind,  
haben mehrere Delegierte entsandt. Die Reichsregierung ist  
völlig nicht vertreten, der Ministerpräsident Bauer und die  
Minister Robert Schmidt und Wiffell nehmen in ihrer  
Eigenschaft als Mitglieder der Generalkommission zeitweise an den  
Verhandlungen teil. Robert Schmidt ist bereits anwesend.  
Die bayerische Regierung und die Stadt Nürnberg haben Ver-  
treter geschickt.

Um 9 1/2 Uhr eröffnet der Vorsitzende der Generalkommission,  
Rarl Regien, den Kongress, der in der schwersten Zeit, die die  
deutsche Arbeiterklasse erlebt habe, zusammengetreten ist. Wir vor  
5 Jahren in München auseinandergingen, waren wir vorbereitet  
für den Kampf gegen die reaktionären Gewalten. Dann brach  
der Krieg aus, dieses furchtbare Verbrechen, das in allen Staaten  
systematisch vorbereitet worden ist. Regien gedachte dann der  
Opfer des Krieges, die umsonst gewesen seien. Was wir erhofft  
haben, einen Frieden der Verständigung, ist nicht erreicht worden.  
Anstatt des Friedens der Verständigung haben wir einen Frie-  
den der Gewalt bekommen, der eine Quelle neuer Zügeltrug  
und Hasses sein wird. Uns bleibt nur noch die Hoffnung auf eine  
Verständigung des internationalen Proletariats. Die Revolu-  
tion hat die Wege freigemacht für die Entwicklung der Demo-  
kratie. Diese Entwicklung wird durch den Frieden der Gewalt  
behemmt und erschwert durch die Steigerung der Not, die der  
Friedensvertrag bringen wird. Am meisten leidet die Arbeiterklasse  
unter diesen Verhältnissen. Ein Neuaufbau des deutschen Wirt-  
schaftslebens, die Durchführung des Sozialismus ist nur möglich,  
wenn eine Einigung der Arbeiter vorhanden ist. (Sehr richtig!)  
Ich habe aber die Hoffnung, daß die Einigung der Arbeiterklasse  
durchgeführt werden wird, durchgeführt werden muß. (Zustim-  
mung.) Regien spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß der  
Reichtum bei den Verhandlungen des Kongresses sein müsse;  
alles im Dienste der Arbeiterklasse. (Stürmische Zustimmung.)

Es folgen die verschiedenen Begrüßungsansprachen. Für  
die Nürnberger Gewerkschaften überbrachte Bohi Nürnberg die  
Grüße und Glückwünsche. Für die bayerische Regierung begrüßte  
Gschäbinger Nürnberg den Kongress, für die Stadt Nürn-  
berg Dr. Hammerich. Beide sprachen den Wunsch aus, daß  
die gewerkschaftliche Einigung der Arbeiter erhalten bleibt. Hin-  
ter dem wirtschaftlichen Trümmerfeld, das Deutschland jetzt ist,  
verausgesehen, sei die Mitarbeit der Gewerkschaften notwendig.

Es wird dann zur Wahl des Büros geschritten. Hierbei  
kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen mit der Opposition.  
Schuhmacher-Verein will eine Entscheidung, ob der Kongress  
bereit ist, auch den Delegierten, die grundsätzlich mit der Tätig-  
keit der G. K. nicht einverstanden sind, im Büro eine Vertretung  
zu geben. Er schlägt Richard Müller-Verein als Vorsitzenden  
vor. Später wird dieser Vorschlag zurückgezogen und Simon-  
Nürnberg vorgeschlagen. Mit übergroßer Mehrheit werden  
Regien, Leiparth-Berlin und Kiesel-Stuttgart als  
Vorsitzende gewählt.

Der Kongress wählt dann einstimmig die vorgeschlagenen 11  
Schriftführer; ebenso auch eine Mandatsprüfungskommission von  
15 Mitgliedern, in der die Minderheit durch 6 Delegierte vertre-  
tet ist.

Dann werden Begrüßungsansprachen der ausländischen Ver-  
treter entgegengenommen.  
Kaufmann-Hamburg vom Zentralverband Deutscher  
Kaufmännervereine überbrachte die Wünsche der Genossenschaften, die  
durch die Gewerkschaften wesentlich gefördert worden seien. Die  
Kaufmännervereine wünschten den Abschluß von Reichsstarifen mit  
starken Gewerkschaften. Die Parole der Zukunft müsse lauten:  
Gewerkschaften und Genossenschaften am Aufbau des deutschen  
Wirtschaftslebens.

Vorsitzender Leiparth sprach den ausländischen Vertretern  
den Dank für ihre Wünsche aus. Der Kongress freue sich ihrer  
Anwesenheit, er bedauere nur, daß nicht auch Vertreter von den  
übrigen Ländern anwesend wären. Den Glauben an die Kraft  
und an die Zukunft haben die deutschen Arbeiter unerschütterlich  
erhalten, trotz aller Vorgänge während des Krieges. Auch wir  
wünschen, daß die Internationale wieder machtvoll ausgerichtet  
wird. Die Genossen im Ausland haben während des Krieges oft  
gejagt, daß sie uns nicht verlassen, auch wir haben das Gleiche  
gejagt. Wir haben uns manchmal nicht mehr verstanden. Das  
ist kein Wunder. Wir sind aber überzeugt, daß die Zeit kommen  
wird, wo wir uns wieder verstehen und uns wieder zusammen-  
finden werden.

Wir vertrauen darauf, weil die Notwendigkeit  
uns dazu zwingt. (Zustimmung.)

Der Vorsitzende der G. K., Regien, erstattete den Re-  
chenenschaftsbericht der Generalkommission. Wer  
die Tätigkeit der G. K. von den politischen Verhältnissen aus beur-  
teilt, wie sich diese seit der Revolution ergeben haben, der kann zu  
der Überzeugung kommen, daß diese nicht richtig war. Wer sie  
aber betrachtet von dem Gesichtspunkte aus, daß die Beschlüsse  
der G. K. von anderer Machtposition aus gefaßt worden sind, der  
wird zur Überzeugung kommen, daß die G. K. tat, was sie im  
Interesse der Arbeiterklasse tun mußte. Mander der jetzt gegen  
die G. K. Vorwürfe erhebt, der hat vor der Revolution nicht mit  
der Rücksichtslosigkeit wie die G. K. die Interessen der Arbeiter  
vertrat. (Sehr richtig!) Bei Ausbruch des Krieges hatten wir  
dafür Sorge zu tragen, daß die Gewerkschaften vor dem Zusam-  
menbruch geschützt werden. Von unseren Kritikern wird aber ge-  
sagt, die damalige Vorstandsförderung habe nur den Zweck gehabt,  
die Regierung zu unterstützen. Wenn von einer Politik der G. K.  
gesprochen werden kann, dann liegt diese nieder in unserem pro-  
grammatischen Aufruf, der davon ausging, der Arbeiterklasse zu  
nützen. Die G. K. hat kein Geheiß, das gegen die Interessen der  
Arbeiter war, vorüber gehen lassen, ohne dagegen zu protestieren.  
Von diesem Gesichtspunkte gingen wir aus bei unserer Stellung-  
nahme zu dem Streikerlaß von Moske. Wir haben die Pflicht,  
uns gegen Fehler aus einer sozialistischen Regierung zu wenden.  
Der Antrag soll kein Mißtrauensvotum gegen die Regierung sein,  
wir verstehen ganz gut, daß die Regierung alles tun muß, um  
das äußerste Elend vom Volke fernzuhalten. Wir verlangen aber,  
daß die durch die Revolution gefährdeten Rechte der Arbeiter nicht  
angefast werden.

In der ersten Kriegszeit war fast die ganze Arbeiterklasse  
einig, daß die Landesverteidigung selbstverständlich ist. Die G. K.  
hat sich nicht in einem Beschluß für die Landesverteidigung ausge-  
sprochen, ihre Handlungen waren allerdings so, daß man sagen  
kann, sie steht auf dem Boden der Landesverteidigung. Kommt  
es zu dem Streit, daß unsere Klassenossen wehrlos den  
Gegnern überlassen bleiben sollten? Durften wir unser Land  
wehrlos machen? Hätten wir das Recht, unser Land verwüsten zu  
lassen? Nur derjenige, der wünschte, daß unser Land in die Lage  
kommt, in der es jetzt ist, kann unsere Handlungen kritisieren.  
Ein großer Teil derjenigen, die sagen, die G. K. fördere den Kapu-  
lismus, die von einem Verrat der Arbeiterführer sprechen, sind  
es, die durch ihre Indifferenz das Kapital geschädigt haben. (Stür-  
mische Zustimmung.) Mit dem Parteistreit haben wir uns erst befaßt,  
als der Streit in die Gewerkschaften hineingetragen worden  
ist. Da leisteten wir Widerstand. Wir wandten uns dagegen,  
die gewerkschaftliche Organisation in den Diensten der Parteio-  
pposition zu stellen. Man hat alle verdiente Gewerkschaftler ge-  
regelt und an ihre Stelle unabhängige Sozialdemokraten gestellt.  
Es ist das traurigste Kapitel unserer gewerkschaftlichen Organi-  
sation diese Maßregelung von Gewerkschaftsbeamten. Wenn  
früher der Unternehmer jemand maßregelte wegen seiner politi-  
schen Überzeugung, dann stand die ganze Arbeiterklasse hinter  
dem Gemäßigten. Wir müssen uns schämen, daß es Arbeiter  
gibt, die andere Arbeiter maßregeln. (Stürmische Zustimmung.)  
Wir müssen uns schämen, daß gehäufte unsere Mitglieder  
diesen Maßregelungen zustimmen! Das geschieht, nachdem durch  
die Revolution das Recht der freien Meinungsäußerung gesichert  
ist. Wenn ein Unternehmer einen Arbeiter maßregelt, tat er  
das nicht von dem Gesichtspunkte aus: mach Platz, daß ich mich  
setzen (Sehr richtig!) Diese Genossen wurden nicht entlassen,  
weil sie ihre Pflicht nicht erfüllten, sondern weil ihre politische Ge-  
sinnung nicht paßte.

Regien ging dann auf die Beschlüsse ein, die Gewerkschafts-  
verordnungen bisher gegen die G. K. gefaßt haben. Er jagte,  
es würden vielfach Leute über die G. K. urteilen, die noch neu in  
der Gewerkschaft sind und die G. K. kaum kennen. Regien gliederte  
besonders eine Resolution der Berliner Metallarbeiter, die aus-  
spricht, daß neben Ludendorff und Genossen die G. K. an dem Un-  
glück Deutschlands schuld sei und darum zur Rechenschaft gezogen  
werden müsse. Regien sagte dazu, das Unglück des deutschen Vol-  
kes ist nicht herbeigeführt worden durch die Politik der G. K., son-  
dern durch die Politik derjenigen, die die deutsche Arbeiterklasse  
gespalten haben. (Sehr richtig.) Die Widerstandskampf der  
deutschen Arbeiterklasse ist durch diese Uneinigkeit gebrochen wor-  
den. Die Angriffe gegen die G. K. sind rein politischer Natur,  
das beweist auch die Einladung zu der Zusammenkunft der Opposi-  
tion zu einer Vorbesprechung für den Kongress, wozu die Mitglie-  
der der U.S.P. und der A.P.D. besonders eingeladen wurden.  
Weil wir nicht die Politik der U.S.P. verfolgen, deshalb sollen  
wir zur Besprechung herangezogen werden. (Sehr richtig!) In  
der G. K. und in der Vorstandsförderung sitzen auch Mitglieder der  
U.S.P. und wir haben immer gemeinsam zusammengearbeitet.  
In aller Ehrlichkeit haben wir unsere verschiedenen Meinungen  
ausgesprochen. Der Weg aber, der hier eingeschlagen wird, führt  
zur Trennung, dann arbeiten wir gegeneinander. Es ist das  
traurige Schicksal der deutschen Sozialisten, daß sie in dem Augen-  
blick, in dem sie die politische Macht erhielten, diese nicht aus-  
nützen konnten, weil sie zerstritten waren. Wir werden mit allen  
Mitteln gegen die Sonderbestrebungen und Zersplitterungsver-  
suche vorgehen. (Große Entrüstung.) Wie auch das Urteil gegen

uns ausfallen mag, das Bemühen können Sie uns nicht neh-  
men, daß wir immer alles getan haben im Interesse der Arbeiter-  
klasse, daß wir die Einheit der deutschen Gewerkschaften gewahrt  
haben. (Stürm. Beifall.)

Mit derselben Redezeit erhält das Wort der Redner der  
Opposition.

Dismann-Frankfurt a. M.: Wenn wir die Tätigkeit der  
G. K. einer kritischen Nachprüfung unterziehen, dann ist es der  
Geist, der in der G. K. herrscht, den wir unter die Lupe nehmen  
wollen. Wir kommen zur Kritik an der G. K. nicht von unserem  
Parteiabstandpunkt aus. Wir haben als Gewerkschaftler die Pflicht,  
die Tätigkeit der G. K. während der Kriegszeit zu prüfen. Die  
G. K. selbst hat ihrer Politik den Parteistempel aufgedrückt. (Sehr  
richtig!) Nun will sie allerdings von der in Mannheim getroffe-  
nen Vereinbarung mit der sozialdemokratischen Partei zurück-  
treten und von Vereinbarungen absehen, bis wieder eine einhei-  
liche sozialdemokratische Partei vorhanden ist. Redner erinnert  
an die Beschlüsse der internationalen sozialistischen Kongresse, die  
anders aussehen würden, als die Politik des 4. August, wo es  
gehießen habe, rechts schwenken zu müssen. (Sehr richtig!) Das war  
anders als das Durchhalten der fünf Jahre hindurch. Wenn  
Opfer gebracht werden sollten, dann nicht für die kapitalistische  
Gesellschaft, sondern für das Proletariat. Die G. K. hätte das ver-  
wehrt sollen, was wir als internationale Sozialisten beschlossen  
haben. Dismann zitiert eine Reihe von Artikeln im Korrespon-  
denzblatt. Kurz vor Ausbruch des Krieges urteilte das Korrespon-  
denzblatt noch anders über die Kriegsbefehle. Der 4. August  
brachte die Wandlung, der Klassenkampf wurde eingestellt, die Re-  
gierung hatte keine treueren Bundesgenossen an der Seite, als  
die Gewerkschaften. Auch in der belgischen Frage ist das Korres-  
pondenzblatt umgefallen. In demselben Augenblick, als die G. K.  
dem deutschen Volke das Durchhalten predigte, waren andere am  
Werk, dem deutschen Volke das Hemd über die Ohren zu ziehen.  
Der Lebensmittelwucher kam zur höchsten Blüte. Die Politik der  
G. K. ist mit Schuld an dem Elend, in dem das deutsche Volk heute  
ist. (Zustimmung und stürmischer Widerspruch.) Wenn von  
Parteiabstand gesprochen wird, merkt man dann die Schuld daran?  
Glauben Sie, mit der Überzeugung Anderdenkender Schuldüber-  
treiben zu können? Die Faltung der Gewerkschaften gab der  
Regierung die Stütze zu ihrer Politik. Auf dem Proletariat ruhten  
nur Lasten und Opfer von Rechten war keine Spur. Die G. K.  
trat ein in den Bund für Freiheit und Vaterland. Man war vereint  
mit Leuten, die während des Krieges die Annullationspolitik  
auf ihre Fahne geschrieben hatten. Die G. K. trat ein für die  
Ludendorffsche Politik, obwohl das Volk schon damals erkannte, daß  
Ludendorff der größte Menschenjocher war. Man hat, bei den  
Eisenbahnerstreik weit derlei reaktionäre Geist, wie aus der  
damaligen Zeit. Wo waren auch die Vertreter der G. K. als unsere  
Leute ins Gefängnis geworfen wurden? Man hat die Gründung  
der U.S.P. zu ignorieren versucht. Es wird aber die Zeit kom-  
men, in der die große Mehrheit der organisierten Arbeiterklasse  
nirgends anders bereit sein wird, als in der U.S.P. (Stürm.  
Beifall und Widerspruch.) Wir beurteilen die Kriegspolitik der  
Gewerkschaften nicht nach der Revolution, sondern nach der  
Fortsetzung auch nach der Revolution. Wir verurteilen  
auch nach dem Krieg eine andere Politik der G. K. Die Politik,  
die getragen ist von dem Gedanken, daß die Gewerkschaften ein  
revolutionäres Instrument des Proletariats sind. Die Schuld an  
den jetzigen Zuständen haben diejenigen, die Deutschland in den  
Krieg hineingeführt haben, und nicht die Arbeiterklasse. Wenn  
Sie heute hier der G. K. ein Vertrauensvotum erteilen, dann  
sagen wir von der Opposition, die G. K. hat durch ihre Handlungen  
unser Vertrauen verloren. Wir weisen zurück, wenn Sie sagen,  
daß wir die Gewerkschaften gesplittet hätten. Ich erkläre, wir  
von der Opposition stehen so lange in der Gewerkschaftsbewegung,  
als daß wir auch nur den Gedanken haben könnten, die Gewerks-  
chaften zu zerschlagen. Wir bleiben in den Gewerkschaften, wir  
werden es in den Gewerkschaften dahin bringen, daß an Stelle  
des bürokratischen, verhärteten Geistes der alte revolutionäre  
Geist kommt. Das werden wir durchführen mit Hilfe der Masse  
der Arbeiter. (Stürmischer Beifall.)

Die Verhandlungen werden nun auf Dienstag vertagt.

## Badischer Landtag.

gr. Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen  
Sitzung überreichte Finanzminister Birk den Gesetz-  
entwurf über die Steuererhebung für 1919. Im Anschluß  
hieran wird der Finanzminister in der nächsten Sitzung eine  
Darstellung unserer Finanzverhältnisse geben.

In Fortsetzung der Hochschuldebatte gelangte eine Reihe  
weiterer Redner zu Wort. Von sozialdemokratischer Seite  
weist Abg. Genosse Stöckinger darauf hin, daß unter  
seiner Leitung bereits erste Schritte zur Reform der Universi-  
tätsverfassung gemacht wurden, indem er gleichzeitig eine  
parlamentarische Bewegung der Lehrkräfte, die Weltanschauungen  
beinhaltet, verlangt, was auch in einem sozialdemokratischen

## Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

Nachdruck verboten.  
Es tat dem Mann augencheinlich gut, sein Herz zu ent-  
lasten. Da hatte ihn wohl die Kommission fast alles, was  
zum Hausbau gehörig, prompt und nicht teuer zur Stelle  
geliefert: Mauer-, Ziegel-, Zirkelsteine, Feldsteine zum Fun-  
dament, und auch Bauholz. Auch hatte er für sich und seine  
Familie dervellen drüben in der Goldbarade die erste Unter-  
kunft gefunden. Aber nun würde der Bau doch appetit-  
los lange dauern als vorausgesehen, denn aus Maastricht  
war der Zimmermann mit seinen Gefellen nur zwei Tage  
erfahren, dann nicht mehr; und der Maurer drüben aus  
dem Dorf, der sich gegen hohen Tagelohn, für die  
ganze Zeit verpflichtet hatte, war nach einer halben Woche  
auch nicht mehr gekommen. Als der Valentin hinga-  
gangen, ihn zur Rede zu stellen, hatte sie sich durch-  
aus nicht verständigen können; ein müdes Gezänke wars ge-  
worden. Aber wer konnte es dem Jungen verdenken, war er  
in lautes Hallo ausgebrochen, und die Frau hatte drohend  
nach dem Wasserfassel gegriffen, der auf dem Herd sprudelnd  
kochte. Und niemand, niemand anders war zur Hilfe aufzu-  
treiben gewesen! Ganz allein waren sie sitzen geblieben mit  
aller Arbeit! Ein Glück noch, daß sie etwas davon verstanden  
— aber freilich, es war nur ein Stall gewesen, den sie dazu-  
mal allein gebaut hatten, und noch dazu war's zu Hause ge-  
wesen, am Rhein!

Der Gutsverwalter auf dem Neistgut, an den man sich doch  
mit allen Anliegen wenden sollte, hat die Achseln gesuckt bei  
seinem Kagen: ja, warum mußte denn durchaus selber ge-  
baut sein? Mit den Leuten hierzulande mußte man eben in  
Frieden auskommen, er konnte da auch gar nichts bei machen!  
Unwirlich fuhr sich der Ansiedler durch die Haare:  
„Et geht so langsam, viel so langsam! Un da Reiten  
jammert in der Barack — kein Ordnung, kein Reinlichkeit ist  
möglich! — un da sind gestern ihrer noch welche gekommen

— je jagen, je wären deutsch, da Mann spricht auch deutsch,  
aber die Weibskind schnattern polnisch — un mit den Weib-  
menschen soll nun mein Frau in einem Raum schlafen?!

„Un wie lang dauert et noch, un et is hier schon Herbst!  
Die Tag sind eto heiß, aber die Nacht sind als kühl. Bei uns  
zu Haus is dat ganz anders, da blühen Allerheiligen die Ro-  
sen noch. Och, hätt' ich dat gewußt! Ne, ich fass' schon —  
wie krieg' ich dat Haus trocken?!

Eine tief-innere Angst lag unter diesen Worten. Dolechal  
fühlte sie heraus.  
„Ich werde Ihnen meinen Stellmacher zu Hilfe schicken“,  
sagte er. „Der Mann hat zwar noch kein Haus gebaut, aber  
er wird Ihnen doch jedenfalls von Nutzen sein. Und er ist  
deutsch!“

„Dot — dat wollten Sie tun?“ Ein Ausdruck freudig-  
ster Erleichterung erhellte des Ansiedlers bekümmertes Ge-  
sicht. „Den Stellmacher — Donnerstag! Valentin, Jung-  
herte, wir kriegen Hilf!“

Der Sohn hatte die Mühe vom Kopf gerissen, sein ganzes  
hübsches Gesicht lachte. Unverrorenen Herzsicht lag in der  
Bewegung, mit der er nun rasch auf den Herrn trat; man  
sah's, er hätte dem gern die Hand geschüttelt, aber der beim  
Mittler anezogene Drill hielt ihn zurück.

Er nahm die Haden zusammen: „Besten Dank, Herr  
Baron!“

Wohlgemütig musterte Dolechal den stattlichen Menschen.  
„Garde, was?“

„Mein, Herr Baron, Deuzer Altrassier!“

„So, ja. Ich bin Mitmeister bei den Garde-Altrassieren!“  
Valentin schlug wieder die Haden zusammen. Er mur-  
melte etwas von „großer Ehre“, und eine helle Rote fuhr ihm  
dabei ins Gesicht; man hörte seiner Stimme die Freude an.  
Eine Verbindung war plötzlich vorhanden, zwischen ihm und  
seinem vornehmen Herrn da.

Auch Dolechal jagte: „Wir müssen zusammenhalten hier!“  
Die Leute gefielen ihm, der Alte war rest ein „Korriges“

Stamm, der dem Wetter trotzte, und der Junge, nun — un-  
willkürlich verglich er zwischen sich und dem krausköpfigen  
Burken — der war ja fast noch schlanker als er selber und  
elastisch in jeder Bewegung wie ein gut trainierter! Die  
Leute mußten unterstützt werden, nach Kräften!

„Ich werde Ihnen morgen meinen Stellmacher her-  
schicken“, wiederholte er noch einmal, „und auch noch den  
Schmied!“

Helene sah schon lange wortend auf dem Boden. Sie  
hatte ihren Mann, der, einen Fuß auf den Balken stütz-  
end und die Hand mit der Reithe in die Seite sammend, den  
Leuten zuhörte, beobachtet; nun waren alle drei miteinander  
hinterm Neubau verschwunden.

Sie wartete noch eine Weile ganz geduldig, aber als sie  
noch immer nicht zurückkehrten, schlang sie die Zügel um den  
Haken am Aufschub und sprang vom Wagen. Der Arbeiter  
stand auch so.

Ueber den glühenden Himmel, leicht angegraut vom meh-  
rigen Dunst der Felder, kroch schon ein Abendrot. Im Schleier  
der sich mächtig ankündenden Dämmerung wurde alles mil-  
der. Noch lag viel Glanz über der Flur, aber kein grau-  
samer mehr, der den Augen weh tat; er wurde friedlich.  
Aus einem Kimpel, den man nicht sah, stieg Fröhlichkeit,  
wie im Schlaf, ganz traumhaft. Und — hoch! — war das nicht  
schon die Wachtel, die zu Abend im Kornfeld rief?

Die junge Frau lächelte; sieh da, ganz dicht hinter jener  
Ansiedlerischeune, kam jetzt ein Neuhut aus dem Aker spo-  
giert! Als wüßte es, daß die Jagd noch nicht drohte, trippelte  
es, vertrauensvoll wie eine gute Henne auf dem Stühnloch,  
über die Straße, in den Aker jenseits, und die jungen Hüh-  
chen folgten unbesorgt.

Langsam glitt das Abendrot weiter und weiter über die  
Himmelskugel, während das fallende Rind des Sonnenballs  
ungehindert, von überall frei zu sehen, mehr und mehr hinab-  
rutschte gegen ihren Rand. Wie schön war das!

(Fortsetzung folgt.)

Anttrag zum Ausdruck gelangt, während eine Zentrums-Resolution Ausbau der Universitätsverfassung wünscht. Herr Lejer von den Demokraten deutet vor allem die Ausnahmehandlung parteipolitisch oder religiös nicht ab, wie im Falle von Valentin, dem übrigens der Ausgang des Krieges leider nur zu recht gegenüber Herrn Lipsh gab. Herr Mayer-Karlstrube von den Deutschnationalen wünscht Abschluß unserer Universitäten gegenüber dem Ausland, womit er in Verkennerung der Wirksamkeit den bedauerlichen Mangel Deutschlands von der übrigen Welt erst recht verdrängt. Ein begeistertes Auftruf für die Volkshochschule ist die packende Rede des Abgeordneten Genossen Kraus, dem Sozialisierung des Geistes neben Sozialisierung der Wirtschaft das Mittel zur Höherentwicklung sind. Das volle Gehör des Hauses findet Herr Wirth vom Zentrum, der im Hinblick an die Ausführungen des von ihm hochgeschätzten Professor Königsberger eine kurze Abrede mit dem alten System der Abrechnen Herrschaft in den Universitäten hält. Nach einer kurzen Vertiefungsrede des Herrn Gotthein, der sich umsonst bemüht, das angelegte Ordinariatswesen reinzuwaschen, verlag sich das Haus auf heute.

35. öffentliche Sitzung

Gr. Karlsruhe, 1. Juli 1918.

Präsident Kopp eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung überreicht Finanzminister Dr. Wirth dem Gesetzentwurf betr. Steuererhebung für 1919 und teilt mit, daß er in der morgigen Sitzung eine Darstellung der Finanzverhältnisse geben wird. Der Entwurf geht an die Haushaltskommission.

Zur Tagesordnung steht die Fortsetzung der Universitätsreformdebatte. Hierzu liegt ein Antrag Schäfer (Ztr.) und Gen. vor, der eine Resolution des Inhalts vorschlägt, daß die Universitätsverfassung den Anforderungen der Zeit nicht entspricht und entsprechend umgearbeitet ist bei Regelung der Institutsfrage auf demokratischer Grundlage.

Abg. Lejer (Dem.) weist auf die Verdienste der deutschen Wissenschaft hin. Die Universitätsreform soll organisch aus den Universitäten herauswachsen. Die Forderung nach Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel an den Universitäten ist berechtigt, doch bei heutiger Finanzlage nicht durchführbar. Affinitäten sollten vertragmäßig mit ausreichendem Gehalt ange stellt werden. Die Staatsgelder der Forschungsinstitute sind allen zur Verfügung zu stellen. In Freiburg ist vor kurzem ein Universitätslehrer entlassen worden. Der Betreffende hat einen Fehler begangen; doch war bestimmend, daß er sich politisch nicht betätigen wollte. Dies ist kein Ruhmesblatt für unsere Universitäten (Zwischenruf; Namen nennen). Seit Valentin. Ich erinnere an die Ausschließung von Sozialdemokraten vom Lehrstuhl. Ich erinnere daran, daß man Juden lange die Professur vorenthielt, wie dem bisherigen preussischen Staatsminister Preuß, daß man einen jüdischen Gelehrten wie Oppenheimer nicht zum akademischen Beamteten zuließ. Ich erinnere daran, wie schwer es fällt, jüdische Professoren aus Straßburg, also Leute, die wegen ihres Deutschtums aus dem Elfaß ausgewiesen wurden, wieder an Universitäten anzubringen.

Auch die Klagen des Zentrums in dieser Hinsicht waren nicht unbedeutend; nicht nur in Preußen, sondern auch in Baden. Es ist eine Ehrenpflicht des neuen Deutschlands, daß derartige Beschlüsse beschwinden. Berechtigt sind auch die Beschwerden über die Ehrenpromotionen. Das Disziplinarwesen ist reform bedürftig. Dem Parlament an den Universitäten muß ein Ende gemacht werden. Der geistige Gehmut hat bei uns keine Stelle mehr.

Abg. Stöckinger (Soz.):

Die Revolution ist nicht spurlos vorübergegangen; dies macht sich auch an dem Ruf nach Reformen der Universitäten bemerkbar. Von jeder war dem badiischen Volk kein Opfer zu schwer, um die Universitäten auf die Höhe zu bringen. Deshalb hat das badiische Volk ein Recht, in diese Dinge hineinzusehen und umzugestalten. Hier muß rasche Arbeit

geschehen. Auf den Universitäten muß vor allem eine geistige Auslese sein und nicht die Fülle der Mittelmäßigkeiten. Den Universitäten ist der Geist der Korruption zu machen, daß dort bis vor kurzem der Geist des Hygiantismus mehr herrschte. Wir verlangen vor allem eine paritätische Besetzung der Lehrstühle. Die wissenschaftliche Unzulänglichkeit wird von den Fakultäten immer entdeckt, wenn es sich um einen Sozialdemokraten handelt; manchmal auch noch, wenn es sich um einen Zentrumsmann handelt.

Für die Angestellten und Diener der Universitäten muß der Achtundentag zur Durchführung gelangen. Wenn Direktoren von Ämtern enorm hohe Einnahmen haben, so muß das, was nicht mehr verantwortet werden kann, an die Universitätskasse zurückgeführt werden. Mit der Resolution des Zentrums über die Umarbeitung der Universitätsverfassung bin ich einverstanden. Die Anträge auf Ermäßigung der Kollegiengehälter fanden, solange ich das Unterrichtsministerium leitete, lokale Behandlung. Baden war der erste Bundesstaat, der in der Revolution die erste Umänderung der Universitätsverfassung vornahm. Bis jetzt geschah erst ein kleiner Schritt, weitere Reformen müssen folgen. Es war möglich, in Baden verschiedene der aus Elfaß vertriebenen Dozenten und Professoren unterzubringen. Bei den Berufungen der Professoren soll es hergehen wie in einem Gasthaus, in das jebermann hineingeführt kann. (Beifall bei den Sozialdemokraten)

Eingegangen ist ein Antrag Königsberger (Soz.) und Gen., in dem die Regierung ersucht wird, für eine paritätische Besetzung derjenigen Lehrstühle zu sorgen, die je nach der Weltanschauung verschieden gelehrt werden.

Abg. Mayer-Karlstrube (Dtsh.Natl.) erinnert daran, daß gerade in allerhöchsten Zeiten deutscher Geschichte das Bildungs wesen in die Hand genommen wurde. Von einer Kollektivierung der Universitäten muß die Hand gelassen werden. Die Professoren sollen nicht politisiert werden. Die nationale Art muß auf den Universitäten auf das Entschiedenste und ausschließliche gepflegt werden. Gewisse Ständer wurden zu viel gepflegt. Nehi wollen wir mal auf unseren Universitäten allein bleiben. Rückständig waren unsere Universitäten nicht. Man müßte unteruchen, ob Juden nicht in außerordentlich großer Zahl an Hochschulen tätig waren. Heber das Versurenwesen, wenn es nicht übertrieben wird, kann ich nicht so her urteilen als es geschah. Die Professoren sollten für die männliche Keuschheit eintreten. Für eine paritätische Besetzung der Lehrstühle auf geschlechtlicher Grundlage kann ich mich nicht erwidern. Die Gehälter der Professoren bewegen sich auf beschwerlicher Stufe. Bei den Volkshochschulen fehlt noch die Klarheit über die Methode. Gemeinhin sind pädagogische Lehr stühle; ja man sollte eine pädagogische Fakultät haben.

Abg. Kraus (Soz.):

Zwischen der Sozialisierung und der Universitätsreform besteht ein sachlicher Zusammenhang. Es handelt sich hier um alte Forderungen, die jetzt zum Ausdruck kommen. Die Verwaltung der Universitäten erfolgt leider nicht immer so, wie Herr Gotthein wünscht. Es gibt an den Universitäten einen kapitalistischen Pan. An gewissen Orten hätte meine Fraktion konkretere

Erläuterungen gewünscht, als sie der Minister gab. Vorschläge und Pläne wurden immer gemacht, leider wurde nichts getan.

Die Oligarchie der ordentlichen Professoren muß gebrochen werden. Schon im Interesse der Entwicklung der Wissenschaft ist es nötig. Auch in der Frage der Privatdozenten ist ein energiegeladener Wort nötig. Denn bis heute ist zur Laufbahn des Dozenten nötig, entweder der Gelbbentel des Paters oder die entsprechende Gehalt des Dozenten. Auch nach der Revolution hat sich hierin wenig geändert. Hier muß die Regierung etwas tun und denjenigen, die die Gelehrtenlaufbahn einschlagen wollen, das Existenzminimum garantieren. Wer finanziell die Möglichkeit hatte, wurde früher Professor, wenn er nur warten kann, auch wenn er die wissenschaftliche Qualifikation nicht besitzt. Mindestbemittelte konnten jedoch die akademische Laufbahn nicht einschlagen. Wünschenswert wäre die Einführung von pädagogischen Prüfungen. Was wir mit der paritätischen Besetzung der Lehrstühle vor allem wollen, ist, daß bei Neubereitungen auch solche berücksichtigt werden, die wegen ihrer politischen Überzeugung jahrgesontelung zurückgefallen wurden. Alle Richtungen müssen zu Wort kommen. Mit Gotthein sage ich, daß die Errungenschaften der Universität auf der Sozialisierung beruhen; die Universität ist nun einmal zur Hochschule geworden. Daneben muß jedoch der Besuch von allgemeinbildenden Vorlesungen in erhöhtem Maße möglich sein. Hier möchte ich Zwischengexamina empfehlen. Im Zusammenhang damit muß die Frage der Volkshochschule

besprochen werden. Können die bestehenden Volkshochschulfürs weiter ausgebildet werden? Es zeigt sich, daß vor allem fehlt der Stufenbau in der Bildung des Volkes. Die Kurse müssen stufenweise gegliedert werden, damit die Schüler erst die Grundlagen erfaßt haben, bevor sie weiterfortschreiten. Der Zweck der Volkshochschulfürs muß die Fortbildung der Bevölkerung sein und nicht der, den Leuten Respekt vor der Wissenschaft zu beibringen, wie neulich ein Freiburger Professor meinte. Vor allem müssen dann die Professoren die Sprache des Volkes sprechen. Wir kommen eben um freie Volkshoch schulen nicht herum. Ihr Zweck soll nicht Vermittlung von Fachwissen sein, sondern

Erziehung der Menschen zu Persönlichkeiten. Es muß vor allem ein selbständiges Denken, ein klares sicheres Wollen gegeben werden. Hierfür muß der Staat Geld übrig lassen; denn dieses Geld ist nicht verloren. Von innen heraus müssen wir dem Volke echte Bildung und Kultur geben. Wichtig wäre ein Reformrat für die Bildungsbestrebungen im Unterrichtsministerium. Die Errungenschaften der Wissenschaft müssen in diesen Bestrebungen vor allem der Erziehung dienlich gemacht werden. Sozialisierung der Wirtschaft allein macht es nicht, Sozialisierung der Kultur aber auch nicht, sondern beide müssen zusammenkommen im Interesse der Kultur. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wirth (Ztr.): Wenn der Generalkonferenz in Berlin Tat sache werden sollte, dann wäre die Frage der Volkshochschule erst recht dringend. Die Erziehung unter den jungen Dozenten und außerordentlichen Professoren ist so groß, daß auch hier eine Ex plosion nicht ausgeschlossen ist. Deshalb ist eine Entkapitalisierung der Universitäten nötig. Ich bin Schüler des Professors Dr. Königsberger, der einen bedeutenden Namen besitzt und stets wegen seiner Schlichtheit bei seinen Schülern beliebt war. Ich habe es für meine Pflicht, dies gegen über der späten Bemerkung des Abg. Gotthein, Königsberger sei Träger eines berühmten Namens, zu betonen. (Abg. Gotthein: Ich meine dies nicht in ipsem Sinne). Welche Wandlung in diesem Hause stellt die Rede des Abg. Lejer dar (Seitertzeit; Sehr gut). Ich nehme es den Sozialdemokraten nicht übel, wenn sie verlangen, daß wissenschaftlich qualifizierte Sozialisten auf Lehrstühle kommen. Die Besetzung von Lehrstühlen mit quali fizierten Sozialdemokraten ist eine Notwendigkeit. Auch wir vom Zentrum melden unsere Ansprüche an. Die liberale Epoche ist in der Defonomie vorbei. Ohne Ausbau der Naturwissenschaften können wir unsere wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht erfüllen. Allerdings Muffentempel können nicht gebaut werden. Die Reform der Universitätsverfassung ist dringend notwendig, wie sich aus den Universitätsverhandlungen ergibt. Die Zeit ist vorbei, wo die ordentlichen Universitätsprofessoren regieren konnten, wie die Herrscher des alten Systems: Mein Heer, Meine Marine, Mein Volk. Hier muß das kollegiale System einziehen. Wenn der uns der Brauch eingeführt wäre wie in der französischen Kammer, würde ich vorziehen, die Rede des Herrn Königsberger an den Toren der Universitäten plakieren zu lassen. Wenn die neue Steuererhebung erledigt ist, wird von den großen Einkommen der Professoren nicht mehr als zwei Drittel der Verdienste der Universitäten wird in der Folge Ge genstand der Kritik der Volksvertretung sein. Es ist nicht gleich gültig, wie die Lehrstühle besetzt sind. Als die Nationalliberalen in der Rheinlande standen, war für Andersdenkende kein Weg auf den Lehrstühlen. Was an Professor Geiser geschah, das war eine Schande (Zwischenruf bei den Deutschnationalen: Na!). Die Beschlüsse des Unterrichtsministeriums haben uns im allge mein befreit und wir erwarten energische und gezielte umfängliche Anstrengung der Probleme. Die deutsche Philosophie hat allen Anlaß, neues Gel auf ihre Lampen zu gießen. An dem Augen blick, wo man die Arbeiter zur Arbeit aufruft, haben die Studenten Zeit zu Menjuren (Rühi!). Wir sind zum Aufbau der Volkshochschule getrie herbei. Sie muß uns die Grundlage der geistigen Demokratie schaffen, die uns die wirtschaftliche Demokratie vollenden helfen muß. In den nächsten Jahren gibt es für die pensionierten Beamten noch Arbeit genug (Zwischenruf: Wenn sie nur wollen!). Das alte System ist zu Grabe getragen, nun muß für wahre Freiheit gekämpft werden (Beifall im Zentrum).

Abg. Gotthein (Dem.): Die Ordinarien der Universitäten haben jetzt zwei Tage lang auf der Anklagebank. Sie werden nicht verlangen, daß wir uns für die Schläge bedanken. Wir tun unsere Pflicht ganz. Meine Bemerkung von dem berühmten Namen des Kollegen Königsberger war nicht ironisch gemeint. Wegen eine be sondere Steuer des Nebeneinkommens der Minister, wie es Abg. Lejer verlangt, muß ich mich wenden. (Abg. Lejer: Ich zitierte hier Professor Bette. Seitertzeit.) In Heidelberg werden zu den Universitätsverhandlungen alle Herren beigezogen. Der Einfluß der Schwiegermütter bei den Berufungen ist eine Fabel. Durch die neuen Vorschläge ist eine Reform des Affizientenwesens eingeleitet. Die geistigen Unzulänglichkeiten müssen bekämpft werden. Das Frauenstimmrecht war eine Vergeltung der Universitäten während des Krieges.

Nach kurzer Geschäftsordnungsbekanntmachung, an der sich Abg. Marum (Soz.), Präsident Kopp, Abg. König (Dem.), Abg. Kolb (Dem.) beteiligten, wird beschlossen, die Debatte am nächsten Tag fortzusetzen.

Nächste Sitzung: Mittwoch vormittag 9 Uhr. Tages ordnung: Universitätsreform.

Schluß der Sitzung: 12.45 Uhr. Der Haushaltsauschuß besetzte sich in seiner geizigen Sitzung mit dem 5. Nachtrag zum Haushaltsplan für 1918/19 und zwar mit der zweiten Hauptabteilung betreffend das Ministerium der Justiz. Es werden hier insgesamt über 2 Millionen Mark ange fordert. Unter den Anforderungen befinden sich die Amtsgerichtsneubauten in Eberbach und Weisbach, sowie die Richtungsfor derung für die Erweiterung des Justizgebäudes in Freiburg. Außer dem werden Beträge von über einer halben Million für die Wiederherstellung der Schäden vom Februarputsch in Mannheim an gefordert. Sämtliche Anforderungen wurden vom Haushaltsaus schuß genehmigt.

16. Generalversammlung der Lederarbeiter.

Vom 16. bis 20. Juni tagte im Berliner Gewerkschaftshaus die Generalversammlung der Lederarbeiter und -arbeiterinnen. Der Verbandsvorsitzende Mahler ließ die wichtigsten Vorgänge der letzten fünf Jahre Revue passieren, skizzierte wie der Verband unter den schwierigsten Verhältnissen seine Lebensfähigkeit und wirtschaftliche Notwendigkeit erwies und sich weiter entwickelte. Die Gewerkschaftsbewegung hat die Aufgabe, den Arbeitern nicht allein bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen, sondern ihnen die volle Anteilnahme an den Kulturereignissen zu ermöglichen und sie aus den Händen des Kapitals zu befreien. Dazu beizutragen, den Verband für diese Aufgaben zu stärken, sei Aufgabe der Generalversammlung.

Den Bericht des Zentralvorstandes erstattete Mahler. Die Agitation ist schwerer unter dem Kriegszustand. 1917 begann der Aufschwung. Seit der Revolution stieg die Mitgliederzahl auf über 30 000, so daß mehrfach die Anstellung von Verbandsfunk tionären erfolgen mußte. Die rapide Entwicklung des Verbandes legt uns neue Verpflichtungen auf. Wir müssen die Köpfe auf stellen und unsere Leute schulen. Die schwierige Welt- und Wirtschaftslage erfordert alle unsere Tatkraft, um den Anforder ungen gewachsen zu sein.

In der Diskussion eröffnete den Reigen Brunner (München). Er kritisierte die Stellung der Generalkommission und der Zentralverbände in scharfen, aber durchaus sachlichen Ausführungen. Den Gegenstand seiner Kritik bildeten die Kriegskredite und der Durafriede. Strengste politische Neutralität der Gewerkschaften sei notwendig zur Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen A utonomie. Es schloffen sich seiner Kritik noch mehrere Redner an, ohne neue Gesichtspunkte vorzubringen. Sehr wirkungsvoll handelten sich dagegen Witzgang (Burg), Richter (Neumünster) und Gählich als Vertreter der Generalkommission. Angenommen wurde dann noch ein Antrag, durch den der Zentralvorstand beauftragt wird, mit den beruflich verwandten Verbänden wegen Errichtung eines Industrieverbandes in Verbindung zu treten. Den Verbandsinstanzen und der Redaktion wurde Entlassung einstimmig erteilt.

Seit Ausbruch der Revolution machte die Tarifbewe gung, wie der Verbandsvorsitzende ausführte, ziemliche Fortschritte; für die Led- und Chromgerberei sind eine Anzahl Tarifverträge zustande gekommen. Der Reichstafel sei nur erst als spä teres Ziel, wenn für ihn die Verhältnisse reif sind ins Auge zu fassen. Die Tarifverträge sind meist sehr kurzfristig; es begehren sich hier wegen der unklaren Verhältnisse die Wünsche beider Parteien. Zur Affordarbeit soll die Generalversammlung den Kollegen freie Hand lassen.

Die meisten Ausführungen der Diskussionsredner bewegten sich in den Gedankenrichtungen des Referenten. Zur Zwangs wirtschaft in der Lederindustrie nimmt die Generalversamm lung nach längerer Diskussion einen Antrag an, der befragt, daß ihre weitere Aufrechterhaltung weder im Interesse der Industrie noch der Konsumenten liege.

Die Wahl der bisherigen Verbandsangestellten erfolgte ein stimmig. Beschlossen wurde dann noch die Auflösung des Einheitsverhältnisses mit dem Verband der Lederhandwerksfabrikanten, da eine wirtschaftliche Notwendigkeit für das Einheits nicht mehr vorliegt. Die nächste Generalversammlung soll in Stuttgart tagen.

16. Verbandstag der Handlungsgehilfen.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hielt in den Tagen vom 17. bis 21. Juni in Nürnberg seinen 10. Verbandstag ab. Derselbe war mit 86 Delegierten besetzt und sollte als Gäste den Zentralrat der deutschen Republik, das internationale Sekretariat der Handlungsgehilfen in Amsterdam, sowie den Zentralverein der kaufmännischen Angestellten Deut schlands eingeladen. Weiter waren als Gäste anwesend Herr Bauer vom Allgemeinen Verband deutscher Beamten, Herr Dr. Vollprecht vom Verband deutscher Versicherungsbeamten, Herr Marx vom Transportarbeiterverband.

Die Tagung befaßte sich mit dem inneren und äußeren Aus bau des Verbandes der durch das ungeheure Zustromen neuer Mitglieder dringend notwendig geworden war. Der Mitglieder bestand von etwa 85 000 im Oktober 1918 ist auf 165 000 zu Anfang Juni hinausgeschwollen, womit der Zentralverband der größten der bestehenden Handlungsgehilfenverbände geworden ist.

Mit zu den wichtigsten Beschlüssen des Verbandstages gehörte der Verschmelzungsbefehl mit dem Verein der deutschen Ver sicherungsbeamten, die zum 1. Juli einen Zuwachs von 20 000 Mitgliedern erbringen, sowie die Verschmelzung mit dem Ver bande der Büro-Angestellten zum 1. Oktober d. J., wobei alsdann der Zentralverband der Handlungsgehilfen unter seinem neuen Titel: Zentralverband der Angestellten mit einem Mit gliederbestand von rund 300 000 Mitgliedern der stärkste Ange stelltenverband der ganzen Welt besteht.

Die Marschrichtung des Einheitsverbandes für die Angestell ten dürfte hierdurch gelöst sein.

Soziale Rundschau.

Wo bleibt der amerikanische Speck für die Lungenheilstätten?

Aus der Heilstätte Nordrach wird uns geschrieben: In der Presse erschien vor Wochen die Mitteilung, daß die Lungenkranke in den Heilstätten von den amerikanischen Lebensmitteln Sonderzuweisungen erhalten sollen, und zwar pro Kopf und Woche 250 Gr. Fleisch oder Speck und 250 Gr. Fett. Obgleich nun seit jener Mitteilung geraume Zeit verstrichen ist, wurde bis jetzt von diesen amerikanischen Lebensmitteln in die Heilstätten noch kein Gramm geliefert, während in den Städten zum Teil schon die dritte Verteilung stattfindet. Der Patientenzustand der Heilstätte Nordrach verjährt daher schon vor einiger Zeit, sich über den Verbleib der den Heilstätten zustehenden amerika. Lebensmittel Aufklärung zu verschaffen, er wandte sich mit einem diesbezüglichen Schreiben an den Minister für Ernährungswesen, Herrn Trunk in Karlsruhe. Bis heute ist aber noch keine Antwort eingelaufen, weshalb sich die Patienten nunmehr vermalen sehen, ihre Anfragen an die bad. Regierung nachsiegend öffent lich zu richten. Die Patienten fragen: 1. Wo bleiben die den Patienten der Heilstätten zustehenden amerikanischen Lebensmittel? 2. Trifft die ausgemachte Mitteilung zu, daß der für die Heilstätte Nordrach-Kolonie bestimmt gewesene amerikanische Speck in Offenburg seine Abnehmer gefunden hat? Wenn ja, auf wessen Veranlassung und mit welchem Recht geschah dies?

Die Beantwortung in den Heilstätten ist, wie schon oft be rüchelt wurde, zur Erzielung eines dauernden Heilerfolges eine gänzlich unzureichende. Es ist somit Pflicht der Re gierung, um eine wirksame Bekämpfung der stark verbreiteten Tuberkulose zu erreichen, in erster Linie für eine ausreichende Belieferung mit Lebensmitteln Sorge zu tragen. Um dies durch führen zu können, wäre es unseres Erachtens sehr zweckmäßig, wenn die Lebensmittelzuweisung durch Vermittlung des statifischen Landesamts Karlsruhe direkt vom Einkauf süddeutscher Städte, Mannheim und den andern in Betracht kommenden Lebensmittelzentralen erfolgen würde. Die Versorgung durch den Kommunalverband Offenburg-Land ist die denkbar ungünstigste.

Ein bei letzterer Beförderung tätiger Beamter ist abwesend der Meinung, die Patienten hier hätten zur Befundung die gute Luft und den frischen Luft weniger Lebensmittel. Von was jener Herr lebt, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist der, der an der Quelle sitzt, noch nie verdurstet. Nachmals richten wir an die Regierung den dringenden Appell für die Versorgung der Heilstätten mehr bedacht zu sein. Viele der Insassen haben ihr Leben während dem jahrelangen Ringen draußen fürs Vaterland hingezogen. Ausflutung und Abhilfe zur Befundung der Patienten ist dringend vonnöten.

**1. Kaffat, 30. Juni.** In einer am Freitag abgehaltenen Ausschusssitzung des Konsumvereins wurde die Ladenkommission gebildet, an welche alle Wünsche und Beschwerden, welche den Verkauf betreffen, zu richten sind. Der Ladenkommission gehören an die Herren: Langhaus, (Obmann), Möhring, Weis, Moisch und Frau Klump. Der Laden des Konsumvereins wird am 1. Juli eröffnet. Die Mitgliebersücher werden, soweit sie die Mitglieder nicht in Händen haben, im Laden aufgegeben.

**1. Kaffat, 22. Juni.** Am 18. Juni fand hier eine öffentliche Versammlung statt, welche vom Konsumverein einberufen war. Seit den Wahlversammlungen im Winter hatte der Lindebaum nicht mehr soviel Menschen gesehen; bis auf den letzten Platz war er besetzt. Wie in anderen Städten, hat auch in Kaffat das autochthone Regiment des Konsumvereins den Konsumverein zu einem schönen Erfolg verholfen; bereits 350 Familien sind ihm beigetreten. Die Versammlung hatte einen weiseren Zuwachs von 40 neuen Mitgliedern zum Erfolg. Als der 1. Vorsitzende, Prof. Bösch, in seiner Eröffnungsrede mit dem hiesigen Konsumverein sprach, sagte er, daß die ganze Zivilbevölkerung auf seiner Seite. Er forderte vor allem, daß der Konsumverein auch eine kaufmännische Bilanz aufstellen solle, um der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft abzulegen. Sein Wunsch, wieviel Lebensmittel an die Konsumenten, Cafes und Wirtschaften geliefert werden. Warum bekommen die Karlsruher regelmäßig Brot und Butter und die Kaffater nicht? Da ist es Sache des Konsumvereins, nach dem Recht zu sehen. Herr Geschäftsführer Pichler sprach sodann über die Kundendienst und gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Kundendienst in den einzelnen Geschäften und nicht auf dem Rathaus aufgestellt werden. Die Folge davon ist Kundeneinfang der schlimmsten Art. Als in Baden-Baden die Kundendienst aufgestellt wurden, haben sich 3000 Personen mehr eingetragen, als Einwohner vorhanden waren. Ähnlich wird es in Kaffat auch kommen. Wenn schließlich Herr Pichler noch erwähnte, daß von ausländisch noch Leute kommen, um in Kaffat marktfreies Weizenmehl u. a. zu kaufen, so wirt das ein sonderbares Bild auf gewisse Geschäftsleute, denen es scheint möglich ist, von Konsumvereinsarbeiten Vorteile für sich abzuhandeln. Auch Väter gibt es, welche Brot an Auswärtige marktfrei abgeben, wahrscheinlich gegen Gegenleistung. Kann man es da dem Publikum verdenken, wenn es den Händlern den Rücken kehrt und sich dem Konsumverein anschließt?

**1. Kaffat, 20. Juni.** Die allgemeine Ortskrankenkasse hielt gestern im „Kaffat“ eine außerordentliche Ausschusssitzung ab, die als ersten Punkt der Tagesordnung eine Änderung der Dienstordnung vorlag. Mit großer Majorität wurde diese Änderung genehmigt, daß das Gehalt des Vorstandes von 1000 auf 1500 M., die Gehälter des Krankentraktors und des Kassierers von 2000 M. auf 2400 M., steigend in fünf Jahren auf 3000 M., festgesetzt wurden. Dem Kassier wurden für Benutzung der Diensträume eine jährliche Vergütung von 400 M. gewährt. Der zweite Punkt sah eine Vergütung an die an den Sitzungen teilnehmenden Ausschusssmitglieder vor, die durch einstimmigen Beschluß auf 5 M. festgesetzt wurde. Sodann wurde § 89, Absatz 7, wie dies bereits schon bei verschiedenen Krankenkassen geschehen, dahin abgeändert, daß künftig der Ausschuss beschlußfähig ist, ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vertreter.

### Baden.

Die neuen Zuschläge zu der Einkommen- und Vermögenssteuer. 114 Millionen Mark neue Steuern.

Zum dritten Mal innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit legt das Finanzministerium dem Landtag eine Erhöhung der Einkommensteuer vor, die durch die vermehrten Anforderungen für den Staatshaushalt notwendig wird. Nachdem jedoch im Druck erschienenen Gesetzentwurf über die neuerliche Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer betrachten diese Zuschläge bei den Einkommensteuerverlustern von 2400 bis ausschließlich 4200 M. 30 v. S., bis 6000 M. 35 v. S., bis 8000 M. 40 v. S., bis 10 000 M. 45 v. S. und weiter bis 35 000 M. jeweils um 10 v. S. mehr steigend. In den Einkommensteuerverlustern von 40 000 M. bis 200 000 M. steigt der Zuschlag jeweils um 2 v. S., wobei er bei 200 000 M. 280 v. S. und von über 200 000 M. 300 v. S. beträgt. Wie weiter sind auch jetzt die Einkommen bis 2400 M. anschlagfrei. Das Mehrertrags gegenüber den jetzigen Steuereinnahmen ist aus den Zuschlägen zur Einkommensteuer auf 47,8 Mill. Mark berechnet.

Zu gleicher Zeit ist auch eine beträchtliche Höherbelastung des Vermögens vorgesehen und zwar derart, daß neben der durch das Gesetz vom 7. März 1919 erfolgten Erhöhung des Steuerfußes von 11 auf 13 Pfg., die größeren Vermögen von 200 000 M. an mit einem weiteren Zuschlag von 20 bis 200 Pfg. von je 100 M. Vermögen belegt werden sollen. Dieser Zuschlag wird aber nur von dem wirklichen reinen Vermögen erhoben. Als Ertrag der Zuschläge vom reinen Vermögen nimmt das Finanzministerium die Summe von rund 66 Mill. Mark an. Der Ertrag der neuen Zuschläge zur Einkommen- und Vermögenssteuer dürfte somit rund 114 Mill. Mark betragen. In der Begründung zu dem neuen Steuergesetz wird aber bemerkt, daß es immerhin fraglich erdärne, ob dieses Mehrertrags von 114 Mill. Mark tatsächlich erzielt werden wird, da infolge des Rückgangs der Vermögen mit beträchtlichen Ausfällen gerechnet werden müsse. Bemerkenswert muß noch werden, daß für die Zwecke der Gemeindebesteuerung die weitere Erhöhung der Zuschläge in den Einkommensteuerverlustern nicht in Betracht kommen soll.

Um die Linderung der großen Wohnungsnot bemüht sich der derzeitige Arbeitsminister Gen. Nidderer auch außerhalb seines ministeriellen Wirkungskreises. Er hat in seiner Eigenschaft als Mitglied der Weimarer Nationalversammlung folgende Anfrage bei der Deutschen Regierung eingereicht:

„In ganz Deutschland, besonders aber in der Südwestecke, ist durch Zugang von vertriebenen Elend-Notleidern eine außerordentlich starke Wohnungsnot vorhanden. Da die Auswanderung von Elend-Notleidern immer noch fortgesetzt wird, leidet die Wohnungsnot mit jedem Tag mehr. Zur Re-

gierung der Wohnungsnot werden von Reichs wegen 500 Millionen Mark Kaufkraft zu schütze zur Verfügung gestellt. Bei dem fortwährend starken Steigen der Kaufkraft reicht dieser Betrag aber nicht aus, um nur die allerdringendste Not zu beseitigen.

Ist die Reichsregierung bereit, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen und bei der Verteilung die besonderen Verhältnisse in Süddeutschland zu berücksichtigen?

Es ist zu hoffen, daß die Anfrage des Gen. Nidderer den höchsten Erfolg hat. In jedem Falle ist die Beseitigung oder Milderung der fürchterlichen Wohnungsnot eine der dringendsten Fragen der Gegenwart.

**Die ungeteilte Arbeitszeit.** In einer seiner letzten Sitzungen hat der Hauptausschuß des bad. Landtags auch die jetzt in einer Reihe von größeren Städten eingeführte durchgehende Arbeitszeit erörtert. In der Aussprache wurde u. a. auch erwähnt, daß es vielen Beamten bei den heutigen Ernährungsverhältnissen nicht möglich sei, den neuen Verhältnissen sich anzupassen. Gerade auf die körperliche Verfassung der älteren Beamten habe man bei Einführung der ungeteilten Arbeitszeit zu wenig Rücksicht genommen. Finanzminister Dr. Weis erklärte hierzu, er habe von vornherein Bedenken bei der Einführung der ungeteilten Arbeitszeit gehabt, nachdem sie aber von einer so großen Zahl von Beamten gefordert worden sei, nicht mehr zögern wollen, damit einen Versuch zu machen, auf jeden Fall handle es sich zunächst um eine Probe. Auch er teile die Ansicht, daß es die heutigen unangünstigen Ernährungsverhältnisse nicht möglich machen, die ungeteilte Arbeitszeit auf die Dauer durchzuführen.

**Die badische Personalpolitik.** Das Zentrumssorgan in Badolzell, die „Freie Stimme“, befaßt sich in einem längeren Artikel mit der badischen Personalpolitik und stellt dabei fest, daß der feinergeleitete Forderung des Zentrums, wonach die maßgebenden Stellen in den Ministerien den Angehörigen aller Parteien zur Verfügung stehen müssen, bereits Rechnung getragen wurde. Nachdem Minister des Zentrums im bad. Arbeitsministerium vertreten seien, werde es demnächst auch im Kollegium des Ministeriums des Kultus und Unterrichts zwei Referenten ertönen. Auch in die übrigen Ministerien zögen langsam nach und nach, die parteipolitisch dem Zentrum zugewandten seien. Am Schluß des Artikels teilt die „Freie Stimme“ dann noch mit, daß die derzeitigen Regierungsmänner zum Teil geradezu erschüttert gewesen seien über das, was sie an Verdrängung und Verdrängung politisch unangenehmer Persönlichkeiten aus dem Beamtenstand auf den stillen und verdrängenen Wäldern der Personalstellen gefunden hätten. — Bedauerlich ist nur, daß gerade jene Männer, die die Leiter dieser modernen Besatzung waren, die Personalreferenten usw., fast durchweg noch auf ihren Posten sind. Hier hätte zuerstiger Ausgetauscht gehört.

**Der Geschäftskreis der Ministerien.** Das Staatsministerium hat bestimmt, daß die Abteilung 2 des Landesverwaltungsamtes aufgehoben werde und daß die dem Landesverwaltungsamt 2 durch landesherrliche Verordnung vom 28. April 1905 zugewiesenen Aufgaben in den Geschäftskreis des Ministeriums des Kultus und Unterrichts übergeben.

**1. Bruchsal, 2. Juli.** Der Touristenverein die „Naturfreunde“ hat seine Mitglieder und solche, die es werden wollen, auf Donnerstag Abend in die „Fahlg“ zu einer Versammlung ein. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

**Kehl, 2. Juli.** Die Franzosen haben an der Rheinbrücke die deutschen Wappen entfernt und durch französische ersetzt.

**Keine Bewirtschaftung des Heues.** In der „Karlsruher Post“ wird in einem amtlichen Artikel darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn keine Höchstpreise für Heu bestehen, damit kein Preispol für wuchernde Preissteigerungen gegeben ist. Die Bundesratsverordnung vom 8. Mai 1918 gegen Preissteigerungen bietet die Möglichkeit, gegen übermäßige Preissteigerungen mit strengen Strafen einzuschreiten. Man hofft, daß es möglich ist, aus Teilen des Reiches, in denen die Deuernte besser ausgefallen ist als in Baden, Heu beschaffen zu können. Übermäßige Preise für Heu anzulegen, liegt bei dem gesamten Ernteausfall im ganzen Reichs kein Anlaß vor.

**Wannheim-Karlsruhe-München.** Vom Mittwoch, 2. Juli ab, verkehrt zwischen Mannheim-Graben-Neudorf-Bruchsal-Bretten und Karlsruhe-Forsheim-München täglich folgende durchgehende Schnellverbindungen: Mannheim ab 2.15 Uhr nachm., Karlsruhe ab 2.35 nachm., München an 10.20 nachm., und München ab 12.10 nachm., Karlsruhe ab 6.34 nachm. Die weiteren Verkehrszeiten sind bei den Stationen zu erfahren.

**Die badische Gefangenenerlöschung** jähreil uns: Überall im Lande rufen wir uns jetzt schon für die Heimkehr der Gefangenen. Das darf aber nun nicht dazu führen, das Unterstützungswert für die Leute, die drüben in Gefangenschaft sind und den Tag ihrer Heimkehr noch nicht kennen, lahm zu legen. Wir arbeiten weiter für die Gefangenen. In den letzten Wochen sind sehr bedeutende Summen von Seiten der badischen Gefangenenerlöschung für Sendungen für Gefangene in Heimdesland aufgegeben worden. Täglich gehen noch große Mengen von Paketen durch unsere Hand in Heimdesland. Es ist nicht derselbe Fehler zu machen, der vielfach in Deutschland im Mai 1918 gemacht wurde, als die Paketversendungen für die heim großen Austausch zu erwartenden Gefangenen vorzeitig eingestellt wurden.

**10 Gebote für Postbesucher.** Zur glatten und raschen Abwicklung des Postverkehrs ist es dem Publikum sehr wichtig, wenn nachstehende Regeln beachtet werden:

1. Fertige Aufschriften, Telegramme usw. recht deutlich aus.
2. Wäsche für keine Postgeschäfte möglichst nicht die Hauptverkehrsstunden.
3. Trete an den richtigen, durch Aufschriften bezeichneten Schalter von rechts heran.
4. Kaufe Marken, Postkarten usw. nicht in einzelnen Stücken, sondern in deinem Verbrauch angemessenen Mengen. Für kleinen Bedarf bediene dich der Postwertzeichengeber.
5. Niebe auf alle freizumachenden Sendungen die Marken vorher auf, auch auf Postanweisungen.
6. Halte das Geld abgezählt bereit, übergib größere Mengen Papiergeld feils geordnet.
7. Vermeide unnötige Fragen an die Beamten; behalte weniger gewandte Personen und hilf ihnen.
8. Lege gewöhnliche Briefsendungen in Briefkästen, Briefsendungen in größerer Zahl gib geordnet am Schalter ab.
9. Fördere den bargeldlosen Zahlungsausgleich durch Anschluß an den Postcheck- und den Bankverkehr.
10. Vermeide bei eigenem härteren Verkehr die besonderen Einrichtungen (Posteinstellungs-Bücher und Verzweigungen, Selbstvorbereitung von Paketen und Einschreibebriefen).

### Die Freireisen in Hannoverland.

**Offenburg, 1. Juli.** Heber die Veruche, im Hannoverland eine freizeitspendliche Stimmung hervorzurufen, geht uns aus diesem besetzten Teil Badens ein Bericht zu, der erkennen läßt, daß mit allen Mitteln gearbeitet wird, um die in ihrem allgeröchsten Teil treu deutsch denkende Bevölkerung aufzustimmen. Die Person des verhafteten und von den Franzosen wieder befreiten Agenten Stanislaus Kompf spielt dabei eine große Rolle. Neben ihm arbeitet aber gleich tatkräftig ein vor wenigen Jahren

zugezogener Berliner, der Vätermeister Bujje. Welche Motive ihn zu seinen Untrieben leiten ist nicht klar; er hat sich wenigstens bisher immer als gut deutscher Bürger aufgepielt.

Zu den Verhaftungen des Oberamtmanns Dr. Holderer, des Oberamtsrichters Kuch und des Amtmanns Werber wird in dem Bericht sodann mitgeteilt, daß die beiden erstgenannten wieder freigelassen worden sind, während Amtmann Werber sich noch im Gefängnis befindet. Man rechnet in Kehl mit seiner Ausweisung, da Kompf selbst die Verhandlungen führt und sich bei den Franzosen einer großen Beliebtheit erfreut. Kompf und seine wenigen Gefinnungsgenossen, die sich die „Jungfranzosen“ nennen, kallen die ungeheure Frechheit, in der früher schon erwähnten Denkschrift an die französische Regierung, in welcher sie die Bitte ansprachen, das Hannoverland dem französischen Staat einzubereiten, zu betonen, daß sie jetzt schon die staatlichen Domänen, sowie die Kehler Hafenanlagen als das rechtmäßige Eigentum der französischen Regierung ansehen.

### Aus der Partei.

**Durlach, 30. Juni.** In der Parteiverammlung vom letzten Samstag Abend im „Lamm“ erhaltete Gen. Graf Pforzheim, der Delegierte des ehemaligen Reichstagsabgeordneten, den Bericht vom Weimarer Parteitag. Man habe, so führte Gen. Graf einleitend aus, diesen Parteitag den Parteitag der Verantwortung genannt; das sei er auch gewesen, aber diejenigen, die sich zu verantworten gehabt hätten, wären in der Lage gewesen, sich so zu verantworten, daß die überwältigende Mehrheit der Delegierten ihnen zustimmen konnte. Er schloß kurz die Stellung der Partei auf dem Würzburger Parteitag 1917 und ihre heutige Stellung. Grundzüge der Veränderungen seien in der Zwischenzeit eingetreten: damals in stärkster Opposition zur Regierung Michaelis und heute mit der stärksten Verantwortlichkeit beladene Regierungspartei. Dieser ungeheure, durch die Verhältnisse bedingte Wechsel in ihrer Stellung habe in ihren Reihen vielfach Verwirrung und Zerlegungserscheinungen hervorgerufen, die sich auch in Abwanderung der Parteigenossen nach links äußert. Ein gewissermaßen prophetisches Wort des Gen. Scheidemann auf dem Würzburger Parteitag sei Tatsache geworden. Scheidemann habe damals gemeint, es könne die Zeit kommen, wo die Partei die Leitung der Geschäfte Deutschlands übernehmen müsse und es könne möglich sein, daß dann der Patient dem Arzt den Rücken kehre und in die Hände von Kurpfuschern falle. Gen. Graf ließ dann die Verhandlungen des Parteitages kurz Revue passieren, die Ausführungen des Parteivorstandes Müller zur Einigungsfrage, zur Stellung der Partei zu den Kriegskrediten, zur der Schuldfrage am Krieg kräftig unterstützend. Höhepunkte der Verhandlungen seien die Ausführungen Scheidemanns zur zukünftigen Politik Deutschlands, die Verteidigungsrede Noskes, die Ausführungen Wiffells zur künftigen Wirtschaftspolitik und das Referat Singerheim zur Parteifrage gewesen. Weniger glücklich und auch weniger wirkungsvoll hätten Bernstein und Cohen-Meufz debütiert. Genosse Graf schloß seine temperamentvollen Ausführungen mit einem lebhaften und warmen Appell an die Parteigenossen zu neuer, weiterer Arbeit im Sinne und Geiste des Weimarer Parteitages. In der Diskussion, an der sich die Genossen Ziegler, Hoff, Reich, Weber, Gauß, Müller und Genossin Anecht beteiligten, kam neben einzelnen kritischen Ausführungen allgemein die Befriedigung mit dem Verlauf des Parteitages zum Ausdruck. Der Verlauf der Versammlung hätte ein besserer sein dürfen.

**Sohlenwettersbach, 1. Juli.** Die Mitglieder der Partei, sowie die Bürgerauschusssmitglieder sind auf Donnerstag, den 3. Juli abends halb 9 Uhr, in das Nebenzimmer „zur Kanne“ zu einer wichtigen Besprechung eingeladen. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

**Stuttgart, 2. Juli.** Die diesjährige Generaiversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins findet am Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im „Wilden Mann“ statt. Wir bitten unsere Mitglieder, jetzt schon für einen zahlreichen Besuch derselben zu agitieren.

**1. Kaffat, 2. Juli.** Morgen Abend 8 Uhr hält im Dohlfischen Biergarten Gen. Redakteur Schuster einen Vortrag über „Unsere heimischen Bögel“. Die Ausführungen des Gen. Schuster, der ein hervorragender Kenner unserer heimischen Vogelwelt ist und bereits mehrere Bücher darüber veröffentlicht hat, werden sicher, wie gewöhnlich, sehr interessant sein, sodas der Besuch des Vortrages nur empfohlen werden kann.

**Gaggenau, 1. Juli.** Wir machen die Genossinnen und Genossen ganz besonders darauf aufmerksam, daß am Freitag, den 4. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum Secht (Saal) eine Parteiverammlung stattfindet. Gen. Kapp aus Baden wird Bericht erstatten vom Parteitag. Wir ersuchen um vollzähliges und pünktliches Erscheinen.

### Kommunalpolitik.

Aus dem Kommunalverbandsausschuß Durlach.

**1. Durlach, 20. Juni.** Nach mehrtägiger Pause, während welcher Zeit es in unserer Stadt in und um den Kommunalverband oft sehr bewegt herging, kam heute dessen Ausschuss wieder einmal zu einer Beratung zusammen. — Einleitend berichtete der Geschäftsführer zunächst über die Einfuhr von Lebensmitteln aus der Schweiz. Leider werden dieselben durch den hohen Stand der Preise für die Konsumenten einen unangenehmen Beigeschmack haben. Bezüglich der Verteilung des auslandischen fettes steht der Gemeinrat auf dem Standpunkt, daß dasselbe durch die Lebensmittelgeschäfte zur Ausgabe gelangen soll. Der Ausschuss tritt diesem Beschlusse bei. Bei der Debatte hierüber erlebte die feinergeleitete Abgabe von Sojabohnen gegen Fleischmarken durch die Metzgerei eine nochmalige Wiederauferstehung. Der Vorsitzende verlas eine hierzu ergangene ministerielle Verfügung, die die Abgabe fraktioneller Bohnen gegen Fleischmarken dem Kommunalverband zur Pflicht machte. Der Vorwurf, daß in diesem Verfahren eine Verhöhung der Bevölkerung liege, treffe also die Leitung des Kommunalverbandes nicht. Demgegenüber hob ein Mitglied hervor, daß, wenn auch diese Maßnahme von der Regierung ausgegangen, die Sache selbst dadurch um keinen Deut besser sei, es konnte dies seitens der Bevölkerung gar nicht anders aufgefaßt werden, denn als Hoß. Hieran knüpfte sich alsdann eine längere Aussprache über die Kompetenzen des Ausschusses und die Geschäftsführung des Kommunalverbandes, als deren Ergebnis eine Nachprüfung der Geschäftsführung unter einer möglichen Verbesserung derselben unter Mitarbeit eines laienmännlichen Leiters in Aussicht gestellt wurde. Zu diesem Zweck sollen sich der derzeitige und zukünftige Geschäftsführer, sowie der Geschäftsführer des Konsumvereins miteinander einig werden. Eine Anfrage eines Mitgliedes, weshalb gegen den Metzgermeister Anecht wegen der bekannten Schenkung nicht in freierem Form vorgegangen wurde, beantwortete der Vorsitzende dahin, daß er auf die Maßnahmen der Staatsanwaltschaft keinerlei Einfluß habe. Einem Antrag der Verwaltung an das Ministerium, das von zur Verfügung versprochenen Versorgungsgebieten nicht gelieferte Schlachttvieh, aus anderen Gebieten geliefert zu erhalten, wurde von diesem abgelehnt, dagegen wurde die Allgemeinversorgung unserer Stadt, den großen Städten gleich, gestellt und hat demgemäß der Willensausdruck unserer Arbeitermassen — trotz seiner unangenehmen Begleiterscheinung in Bezug auf die politische Brunnenvergiftung — einen merkwürdigen Erfolg zu verzeichnen.

Mlagen darüber, daß dem amerikanischen Speck in einzelnen Metzgereien Hindernissen beigegeben worden waren, wurden von dem Vertreter des Metzgergewerbes — falls dies vorgekommen — als bedauerlich bezeichnet. Sachlich wäre es Tatsache, daß auf ein kilo Speck circa 30—50 Gramm eingewachsene Knochen entfallen. Die eingetretene Erhöhung des Milchpreises ist durch die Regierung mit Erlaß vom 15. d. M. veranlaßt. Eine anderweitige Verteilung soll demnächst ins Auge gefaßt werden. — Die Kartoffelversorgung ist ein für die Stadt äußerst wichtiger Geschäft, umso mehr sollten die Bürger, welche doch letzten Endes die Defizite zu tragen haben, darauf bedacht sein, daß nicht durch Uebertragung der Kartoffelart an nicht hier anässige Familien, die Stadtbevölkerung geschädigt wird. Aus der kürzlich im Lande erfolgten Kartoffelersammlung sind auch unserer Stadt 2 Waggons Kartoffeln zur Verfügung gestellt worden. Aus dem für die nächsten Monate zur Verfügung stehenden Verbrauchszucker werden pro Kopf der Bevölkerung drei Pfund Einmachzucker abgegeben, jedoch kommen die nächsten Monate fast wie bisher 750 Gramm pro Kopf und Monat, nur 500 Gramm zur Abgabe. Eine andere Regelung ist leider nicht möglich, da keine Reserven vorhanden und andererseits der Einmachzucker ein dringendes Bedürfnis ist. Der Ansicht einer Dame im Ausschuß, daß die Familien sich von den 750 Gramm Ersparnisse machen könnten um Einmachzucker zu haben, ist unbedingt entgegenzutreten, da dies schließlich ein Ding der Unmöglichkeit ist. Geringe Bestände an Nahrungsmitteln und Wein sollen für die zurückbleibenden Kriegesgefangenen reserviert werden. Nicht weniger als drei Konditoreien- und Kaffeebetriebe, welche demnächst ihre Betriebe zu eröffnen gedenken, erfordern um Zulassung von Zucker und Mehl. Das Ansuchen wurde abgelehnt. Zum Schluß sei erwähnt, daß es möglich sein wird, eine beschränkte Anzahl fremdländischer Kinder auf einige Wochen in das Soobad Rheinfelden zu versenden.

Durlach, 30. Juni. Am Montag den 23. Juni trat das neugewählte Gemeindefollegium zu seiner ersten Sitzung zusammen. Herr Bürgermeister Dr. Bierau begrüßte die neuen Gemeindevorsteher, er wies dabei auch auf die schwere Sachlage der Stadt hin und sprach sich für die schließlichen finanziellen Auswärtigen, nicht allein für Reich und Staat, sondern auch der Städte, hin; auch gab er den Hoffnungen Ausdruck, daß die Verhandlungen jenseitig von dem Bestreben getragen sein mögen, nur dem Interesse der Allgemeinheit und der Stadt zu dienen. Sodann wurde zur Beratung des Veranlagungsplans für 1919 geschritten. Der Antrag des Vorstehenden, auf eine Spezialdebatte zu verzichten, wurde nach gegenteiligen Ausführungen abgelehnt. Der Bericht des Herrn Bürgermeisters ist folgendes zu entnehmen: Die Finanzlage der Stadt ist keine rosig. Die Schuldenlast betrug am 1. Januar 1919 6 792 541 M. Die außerordentlichen Ausgaben während des Krieges beliefen sich für Unterhaltung von Kriegesfamilien, Notstandsarbeiten, Erwerbslosenfürsorge usw. allein auf 2 300 000 M. Durch Umlage muß der Betrag von 738 130 M. gedeckt werden. Der Umlagefuß für Verkehrs- und Liegenschaftsbesitz muß auf 40 % für Kapitalbesitz auf 20 % erhöht werden. Der erhöhte Einkommensteuersatz wurde auf 64 % erhöht, doch der Umlagefuß von 32 auf 40 % erhöht werden muß. Des Weiteren wies der Vorstehende auf die mit der Vermögenssteuern auf dem Gebiete des Schulwesens hin, in der Wohnung, in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln u. dergl.; Herr Dr. Bierau betonte, daß die Stadtverwaltung alles getan habe, um den Lebensstand abzuheben.

In der anschließenden Aussprache wurden von den einzelnen Rednern der Fraktionen eine große Anzahl Wünsche und Beschwerden vorgebracht, desgleichen auch in der Spezialdebatte. Der Veranlagungsplan wurde schließlich mit allen Stimmen gegen die U.S.P. angenommen und die Sitzung auf Dienstag nachmittags 4 Uhr vertagt.

Am zweiten Tage stand der Lohn- und Arbeitsstarif der städt. Arbeiter, abgeschlossen zwischen dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und dem Gemeinderat, zur Beratung. Von unserer Seite wurde bei verschiedenen Punkten, welche uns befremden erschienen, eine lokale Behandlung verlangt. Die Durchführung dieses Lohnstarifs fordert ein Mehr von 57 500 M., welcher Betrag aus Wirtschaftslieferungen gedeckt werden muß. Nach einer längeren Debatte wurde auch dieser Punkt gegen die Stimmen der U.S.P. angenommen. Der 3. Punkt: „Verkauf von Gelände“, der 4. Punkt: „Berlegung der Gemarkungsgrenze zwischen Durlach und Weibingen und Erwerbung des Waldgeländes Hohenbüchel“, sowie der 5. Punkt: „Geländeumlegung“ fanden nach längerer Debatte einstimmige Annahme. Mit dem Danke für das rege Interesse und dem Versprechen, allen angeführten Wünschen Rechnung tragen zu wollen, schloß der Vorstehende Dr. Bierau die Sitzung.

### Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landestheater.

**Hamlet.**  
Vor den Theaterferien noch ein tadellos abgelaufener Hamlet — diese kunstvoll gebaute Tragödie macht nicht den Eindruck, als wäre sie ein Werk aus einem Guß. Zudem: wir wissen mit einer gewissen Bestimmtheit, daß Schillerpeare noch in den ersten Jahren des 17. Jahrhunderts wesentliche Veränderungen damit vorgenommen hat. Es mag ihm keine leichte Aufgabe gewesen sein, den spröden, aus der nordischen Sagenwelt entnommenen Vorwurf so zu leutern, zu durchgeistigen, wie es ihm vorschwebte, so zu gestalten, daß keine Ecken und Kanten, keine Risse und Klüften für den Reineren vorhanden sind. Aber Schönheit, herrliche Schönheit ist hineingebannt in diese Tragödie. Doch an den Klüppen nicht zu denken verlangt von Schauspielern höchste Kulturtradition. A. v. B. R. n. e. r., der die Rolle des schwarzen Dänenprinzen hier zum erstenmal agierte, hat bewiesen, daß er sie hat und wurde seiner Aufgabe voll und ganz gerecht. Viele finden in dem Dänenprinzen das Prinzip des Inlaren, stets veränderlichen verlorpert. B. i. r. n. e. r. liegt nicht diese Anschauung aufkommen. Die Gestalt des Hamlet zeigt zu allerlei Mimenarten und Ueberparntheiten. Daß W. i. r. n. e. r. nicht große Vorbilder abgab und einen Hamlet spielte, der weitab von dem, was hysterische Jungfern (auch solche in Hosen) wünschen, blieb, sei ihm zum höchsten Lob angerechnet. Er spielte ihn, ihn gradlinig aufbauend, ins Genialische verachtend und ließ in all denen gleiche Seelenlänge mitschwingen, denen es ernst ist um solche Schönheit und streitige Heiligkeit der Wollungen. Eine Mischung freilich, — es soll das nicht Tadel sein, — hat sich W. i. r. n. e. r. aufzuerlegen; das ist die, die Uebertragung der Reden (mehr in den Dialogen als in den Monologen, die fast immer Tadel waren) zu weichen, ansonst der herb-strengen Mythos des Ganges doch noch einen leisen Anstrich, freilich ungewollten Zerfärsers und von Verfärschtheit bekommt.

W. i. r. n. e. r. t. u. g. die Tragödie und dadurch hatten seine Mitarbeiter die auf beste erfüllte Pflicht, ihm Hilfe zu sein. Sie halfen ihm, durch diese Pflichterfüllung die Tragödie über das Maß des Gewöhnlichen hoch zu erheben. Von W. i. r. n. e. r. mitgeriffen, gestalteten sie das Drama zu einem hinreißenden Gesamtbild. Vielleicht war die Ophelia der Ruth Linde etwas zu ätherisch, zu wenig von Blut erfüllt und der Laertes (Erich Galt) um eine Nuance zu matt, doch dürfte diese Bemängelung Auffassungssache sein. Der Hofmann Polonius (Gugl Häder) war in guten Händen. Eine im Klein wenig härtere Pröje von Satz des W. i. r. n. e. r. hinzugefügt, hätte ihn noch schmählicher getroffen. Gut anzubedenken war auch das Königsbuch bei Felix Baumbach

### Zur Wohnungsnot in Anielingen.

Aus Anielingen schreibt man uns: In Ortschaften, die an der Grenze einer Großstadt liegen, ist die Wohnungsnot besonders groß, das zeigt sich auch in unserem Ort Anielingen. Es fanden deshalb auch vor einiger Zeit Versammlungen und Besprechungen wegen Neubau von Kleinwohnungen statt. Nachdem von der Regierung sowie vom Gemeinderat weitestgehende Unterstützung, — Ueberzeugungszuschüsse, Baufreidite, Geländeaufgabe usw. — in Aussicht gestellt war, entschloß sich eine Anzahl Arbeiter, Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte, ihre jauner noch Munde abgeparten Spargroschen daranzulegen; sie kauften sich Baugelände für 4,50 M. den Quadratmeter. Mit Frau und Kind gingen dann nach Hebrichsloh an die Ausgrabarbeiten, bis in die dunkle Nacht hinein wurde gearbeitet. Mit Lust und Liebe, und auch mit äußerster Kraftanstrengung wurde gekämpft, damit der schönste Wunsch jedes Arbeiters, ein eigenes Häuschen zu bekommen, bald erfüllt würde. Verschiedene Bauten sind schon aufgeschlagen, andere bis zur Sockelhöhe fertig, sie Alle freuten sich auf den baldigen Einzug. Da, am 20. Juni berief der Gemeinderat die Bauenden aufs Rathaus und eröffnete ihnen, daß auf die Gemeinde nicht ganz 34 000 M. Ueberzeugungszuschüsse entfallen würden, somit kämen auf die angefangenen Bauten mit Gemeindegeld pro Bau höchstens 2500 M. Bedenkt man nun, daß so ein Häuschen mit zwei Wohnungen auf 30—35 000 M. bei den heutigen Materialpreisen zu stehen kommt, so kann man sich die niederschmetternde Wirkung der gemeinderatlichen Entscheidung leicht vorstellen. Jenen, die Baugelände angekauft und erst Grabarbeiten verrichtet hatten, wurde geraten, nicht mehr weiter zu bauen.

So findet man also die Wohnungsnot. Zuerst macht die Regierung durch ihre Organe Propaganda, bespricht ausreichende Ueberzeugungszuschüsse, um dann die Bauenden zu neuem Behntel im Stiche zu lassen. Wie soll eine Arbeiterfamilie 800—1000 M. jährlich Kapital oder Mietzins bezahlen, das ist unmöglich. Uns wurde in einer großen öffentlichen Versammlung im Rathaussaal von einem Herrn der Regierung vorgeordnet, daß so viel Zufuß zu gewärtigen würde, daß der Kapitalzins nicht höher komme als die gleichen Wohnungen im Orte seien, jetzt reißt das Doppelte nicht. Auch sollen Häuschen mit einer Wohnung zum Zufuß ausgeschlossen sein. Infolge des geringen Ueberzeugungszuschusses soll die hiesige Spar- und Darlehenskasse die Gewährung von Baufreiditen eingestellt haben, was nun zur Folge haben wird, daß die Bauten von den Handwerksleuten verlassen werden. Statt neue Häuschen werden alsbald Ruinen, zerfallene Gemäuer da stehen. Graue Sorge ist seit Freitag Abend in den Familien der Bauenden eingetreten, sie alle sehen sich vor dem Ruin. Sie sehen wie ihr erspartes Geld verloren, ihre geleistete Arbeit umsonst war, sie stehen vor dem Nichts und müssen sich noch von einer verdamnisvollen Masse berapoken lassen.

Wir fragen nun in aller Deutlichkeit an: kann es der Wille der Reichsregierung sein, daß Arbeiter durch amtliche Organe zuerst ermuntert werden, zu bauen, um nachher ganz und gar im Stich gelassen, um ihr bides Geld gebracht zu werden? Das kann und darf nicht sein, dringend nötig ist, daß hier sofort helfend eingegriffen wird.

### Die Wohnungsnot in Achern.

A. Achern, 10. Juni. Vor kurzen herideten wir über die Gründung einer gemeinnützigen Baugenossenschaft. In einer der Gründungsversammlungen vorangegangenen Vorbesprechung stellte Herr Oberamtmann Dr. Papp fest, daß auf eine Ende 1917 vom Ministerium erorgane Umlage die hiesige Gemeinde veranlagt habe, in Achern existiere keine Wohnungsnot. Dies mag ja für gewisse Kreise damals zutreffend haben und auch heute noch zutreffen. Für die unteren Schichten der Bevölkerung jedoch war eine Wohnungsnot damals schon vorhanden und besteht heute natürlich in noch größerer Maße. Und wenn die Zuzüge aus dem Elend ausgehender Familien weiter anhäuft, so gehen wir geradezu einer Katastrophe entgegen. Als Mitte April die Gründung jener Baugenossenschaft aufzuheben kam, machte man sich in den von der Wohnungsnot betroffenen Kreisen die Hoffnung, daß in absehbarer Zeit mit dem Bau von Kleinwohnungen begonnen wird. Leider blieb es bis jetzt bei jener Gründungsversammlung und es hat den Anschein, als ob die ganze Genossenschaft wieder zu Grabe getragen sei. Geheime Kräfte waren ja sofort am Werk, die Gründung zu hintertreiben und scheinen ihre Wildarbeit auch bis heute erfolgreich fortzusetzen. Wenn man nun sieht, wie finanzreiche Familien in engen ungesunden Räumen zusammenleben müssen, so drängt sich die Frage auf, soll oder kann hier wirklich keine Abhilfe geschaffen werden? Und wo bleibt die Stadtverwaltung? Warum greift sie nicht ein? Geradezu aufreißend wirkt ein Vorkommnis, das hier nicht unbesprochen bleiben soll. Kurzzeit ist man mit dem Umbau (Erweiterung) einer in einem größeren Garten gelegenen Villa beschäftigt, die für den Herrn Oberamts-

richter bestimmt ist. Wir fragen, ist in heutiger Zeit, wo das Baumaterial so teuer und viele Familien in ungesunden Wohnungen leben müssen, eine solche bauliche Erweiterung notwendig für eine Familie von 3—4 Köpfen? Da ist es denn kein Wunder, wenn gewisse Leute den Mut finden, zu erklären, hier bestehe keine Wohnungsnot. Wir sehen in den neuen Gemeinderat und Bürgerausschuß das Vertrauen, daß sie sich nun ernstlich mit der Bekämpfung der Wohnungsnot beschäftigen und vor dem Zufuß, den die Gemeinde eventuell zu leisten hat, nicht zurückzukehren. Hat die Revolution uns auch nicht alles das gebracht, was wir erhofften, so muß im neuen Volkstaat jeder Familie eine gesunde, die Sittlichkeit nicht gefährdende Wohnung zuteil werden.

**Gegenstein, 27. Juni.** Am 21. d. Mts. fand die hiesige Bürgermeisterversammlung statt in der Bürgermeister Red wieder gewählt wurde. Red erhielt 84 Stimmen und Ratsschreiber B. i. h. Stern 20 Stimmen, 2 Stimmzettel waren ungültig. Von einigen Radikalen der bürgerlichen Parteien wurden die unabweisbar Nachfragen verbreitet, daß die Sozialdemokratische Partei Herr B. i. h. Stern nur aufgestellt hätte, um die Stimmen der Bürgerlichen zu zersplittern, und dann Herrn Friedrich Stutz auf den Schild heben wollen. Durch dieses Manöver fielen die Bauernbündler, die ihre Stimme Ratsschreiber Stern geben wollten, ab und stimmten für Red. Dadurch kam es, daß Stern nur die Stimmen der Sozialdemokraten bekam. Die hiesige Sozialdemokratische Partei wird sich aus diesen Verfassungen eine Lehre ziehen und in Zukunft ihre eigenen Wege gehen.

**Mersch, 29. Juni.** Bei der am 28. Juni stattgefundenen Bürgermeisterversammlung wurde unser Genosse Nikolaus Red mit 29 gegen 26 Stimmen, die auf den bisherigen Bürgermeister Fritterer fielen, zum Bürgermeister gewählt. Für ihn stimmten auch die Unabhängigen und Demokraten. Gofen wird daß mit dieser Wahl endgiltig einmal Friede, Ruhe und Ordnung in unserer Gemeinde eintritt.

**Bödingen, 30. Juni.** Die Teilnahme an der Gemeinderatswahl vom 29. Juni war eine etwas bessere, wie bei der Gemeindeberordnenwahl. Von etwa 1400 Wahlberechtigten wurden 888 gültige Stimmen abgegeben, 12 waren ungültig. Das Zentrum verlor einen Sitz an die Demokraten, die Mehrheitspartei eines Sitz an die Unabhängigen. Das Zentrum hat nunmehr 3 Sitze, die Demokraten 2, Soz. Mehrheitspartei 2, die U.S.P. 1 Sitz. Stimmen erhielten das Zentrum 353, die Demokraten 211, die Mehrheitspartei 250 und die U.S.P. 175.

**Gonelsheim, 24. Juni.** Am 2. Juni fand die Gemeinderatswahl hier statt. Von 525 Stimmen erhielt die sozialdemokratische Vorschlagsliste 193, deutschnational-konservative Liste 330. Sozialdemokratische Partei 3 Sitze, Gegenpartei 5 Sitze. Nachdem die organisierte Arbeiterchaft im Bürgerausschuß und im Gemeinderat vertreten ist, können die Gegenstände in der Gemeinde auf einen Mittelweg geleitet werden, wenn etwas Verständnis im gegnerischen Lager vorhanden ist. Doch mit Kleinlichtheitsfraktionen darf man nicht kommen, wenn es sich um das Interesse der Kinderdarmittel handelt. Das sei unsern Gegnern heute schon gesagt.

**Odenheim, 23. Juni.** Bei der am letzten Sonntag stattgefundenen Gemeinderatswahl wurden im ganzen 1067 gültige Stimmen abgegeben, das sind 80 Prozent. Auf die Sozialdemokratische Partei entfielen 265 Stimmen = 2 Sitze (Genossen Maurer und Weizenmann), Demokratische Partei 306 Stimmen = 2 Sitze, Zentrumspartei 308 Stimmen = 2 Sitze, wilde Partei 112 Stimmen = 0 Sitze. Das Resultat ist für uns, trotz schwerer Entgegenarbeitens unseres ehemaligen Genossen Emil Luch ein Gutes. Hoffentlich wird jetzt Luch aus dem Anfall der Wahl seine Lehre ziehen. Auch das Zentrum hat eine Niederlage erlitten, ein Name wurde etwa 80mal gestrichen.

Aber jetzt Genossen, von neuem an die Arbeit, vorwärts zu neuen Siegen!

**Dehringen, 25. Juni.** Letzten Sonntag fand hier Gemeinderatswahl statt. Die Wahlbeteiligung betrug ungefähr 80 Prozent. Die Sozialdemokratie erhielt mit 325 Stimmen 3 Sitze, Zentrum mit 520 Stimmen 4 Sitze und vereinigte Bürgerpartei Dehringen, eine bis jetzt noch nicht gekannte Partei, mit 141 Stimmen 1 Sitz im Gemeinderat. Das Wahlergebnis ist, zieht man die bisherige gewaltige Stimmenüberlegenheit des Zentrums in Betracht, ein unerwarteter Erfolg unserer Partei. Endlich wird es auch mal in Dehringen lichter.

**Gelnhausen, 28. Juni.** Am 22. Juni fanden hier die Gemeinderatswahlen statt, wobei unsere Partei ganz schöne Erfolge erzielte. Von 528 Wahlberechtigten stimmten 389 ab. Unsere Liste erhielt 149 Stimmen und 2 Gemeinderäte, die Bürgerpartei sowie das Zentrum je 101 Stimmen, somit jede Partei 2 Sitze. Nur 3 Stimmen haben gefehlt, sonst hätten wir die

und Marie Frauendorf. Am wenigsten glaubhaft erschien die Herz als Geipent des toten Dänenkönigs. Warum die Regie das Geipent nicht im Hintergrund vorüberziehen läßt, statt vorn an der Rampe, wo er allzu ungesperrt wirkt, ist unerfindlich. Bei allen übrigen Darstellern erreichte Wohlklang und Schönheit der Sprache. Ueber dem Gange waltete die sichere Hand Kienjers als Spielleiter.

### Städtisches Konzerthaus.

„Frühlingsluft“. Operette von Lindau und Wilhelm. Musik nach Motiven von Josef Strauß.

Ueber die ziemlich allsohlfreie Geschichte läßt sich im Grunde recht wenig sagen, sie setzt kein zu großes Verständnis voraus. Die Musik führt einen schließlichen mehr in die Knochen als die ganze Frühlingsluft; denn die Musik ist sehr hübsch und ja auch recht bekannt, so daß es sich erübrigt, noch besonders darauf einzugehen. Das Orchester hätte das am letzten Samstag mancherorts etwas mehr tun dürfen, es scheinen das manchmal noch alterhand „berotene Nieder“ herumzuspucken. Einiges kam aber unter Wilhelm's Schweppes Leitung sehr flott zum Ausdruck. Alles klappte auf beste. Leben und Sichtung war in den feinsten, wegs einfachen Entschlossenheiten. Sogar für Eisdümmen an den Fenstern im ersten Akt hatte er georgi. Hoch-Oberland selbst gab den Hildebrandt jugendlich und stum. Für den Dr. Landtmann war ein Herr aus Stuttgart mit Namen Thomjon eingezogen, ein recht routinierter Operettenbühnenist. Seine Gattin hatte Helene Seldern übernommen und brachte wiederum nichts Außerordentliches, so wenig wie Annie W. d. e. l. e. r. als Schmiedermama. Lili Nelson kam als Baronin wieder in eleganten Toiletten, ihren Jammernamen gab Rudolf Raly-Ratta. Ganz vorzüglich war Betty Lajfinger als dralle Dienstmagd Hanni. Das ist eine Rolle, die sie eine ausgezeichnete Vertreterin ist; nur vor dem Abzudrehen sollte sie sich ein wenig bitten. — „Du bist erreicht, Otavio!“ Hans Norden hat abemal, wie man das nennt, ein Rad geschlagen. Wenn er nur langsamer kann, dann ist es ihm am wünschlichsten. Sein Andebeln amüsierte wieder in jeder Bewegung, ob er die Tabakspfeife oder die Ganni in den Fingern hatte. Pau Webe und Al. i. g. Schlager waren ein nettes Pärchen, Verhard Förl als stürzender Kellner war ganz gut. Das am Samstag wieder recht bunn geigte Publikum zeigte sich sehr beifallsfreudig. s. k.

Schlussprüfungen des Musikischen Konservatoriums. Vor sehr zahlreich erschienenem Publikum fand am Mittwoch die dritte der Schlussprüfungen der Oberklassen des Musikischen Konservatoriums

statt. Zu Anfang spielte Fr. L. i. e. l. e. r. mit großem Geschick den 1. Satz des Klavierkonzertes in d von Mendelssohn. Fr. L. i. e. l. e. r. Kimmelfang ließ ausdrucksvoll zuerst 3. Wieder von D. A. l. b. e. r. t. und später 3. Wieder von H. S. t. r. a. u. h. Die Begleitung zu diesen Gesängen hatte Fr. L. u. c. i. e. D. a. u. l. übernommen, die auch als Solistin am diesem Abend wieder d. e. n. i. g. s. t. a. b. l. e. g. t. e. r. h. o. b. e. n. musikalischen Fähigkeiten in den ausgezeichnet vorgetragenem „Niederzungen“ von Schumann. Mit diesem Verständnis brachte dann Fr. L. u. l. i. e. F. i. s. c. h. e. r. zwei Sätze des Italienschen Konzerts von F. S. B. a. c. h. zu Gehör. Ein ganz außerordentliches Talent lernen wir in dem jugendlichen Geiger Karl G. u. b. e. r. kennen. Er spielte technisch und musikalisch meisterhaft den 1. und 2. Satz des ViolinKonzertes in D von Mozart. Auch die Wiedergabe des 2. und 3. Satzes des Klavierkonzertes in B von Beethoven durch Fr. G. e. r. t. r. u. d. S. c. h. e. i. n. f. u. h. war eine in jeder Hinsicht sehr gute. Zum Schluß hörten wir noch das ebenso schwebende wie lädige Klavierkonzert in Es von Fr. L. i. s. t. z. das in Fr. R. a. u. l. a. S. a. m. i. d. eine würdige Interpretin fand. Die vornehme Begleitung durch das Orchester der Anstalt unter der Leitung des Herrn Direktor W. u. n. z. darf nicht unerwähnt bleiben. Das Publikum dankte für die wohl gelungenen Darbietungen mit begeistertem Beifall.

Fortschritt in der Wärmeausnutzung zur Dampferzeugung. Am Karlsruher Bezirksverein des Vereins deutscher Ingenieure hielt Prof. Oberle, Karlsruhe, am 13. d. Mts. einen Lichtbildervortrag über „Fortschritte in der Wärmeausnutzung zur Dampferzeugung“. Der Vortragende besprach nach einer kurzen Darlegung der wesentlichen Beziehungen zwischen Verbrennung, Wärmeübertragung und Wärmeausnutzung die Ergebnisse des in den letzten Jahrzehnten durchgeführten Forschungen auf diesem Gebiete und die Fortschritte, welche sich hieraus ergeben haben. An Hand eines reichhaltigen Materials, das in Form von Tabellen, Kurvendarstellungen und übersichtlichen Zusammenstellungen von Versuchsergebnissen usw. in guten Lichtbildern wiedergegeben wurde, legte der Redner dann dar, daß die Dampferzeugung, anlagen eine wesentliche Entwicklung erfahren haben und daß mit zeitgemäßen Anlagen je nach Art des Brennstoffes eine Ausnutzung desselben von 70—85 Prozent erreichbar ist. Er wies weiter auf die hohe Bedeutung einer guten Brennstoffausnutzung zur Dampferzeugung für unser künftiges Wirtschaftsleben hin, indem er mitteilte, daß nach statistischen Feststellungen im Jahre 1913 in Deutschland etwa 60 Millionen Tonnen Kohlen zur Dampferzeugung verbraucht wurden, daß demnach durch eine Verbesserung der Wärmeausnutzung um durchschnittlich nur 1 Prozent eine jährliche Kohlenersparnis von 600 000 Tonnen und damit auch eine entsprechende Geldersparnis erzielt werden kann.

Hälfte der Gemeinderäte aufs Rathaus geschickt. Es ist dies bios der Gleichgültigkeit einiger Wähler zu verdanken. — Auch an der Gemeindevorordnetenwahl erhielten wir von 88 Stimmern 9. Es ist dieses Resultat umso höher anzuschlagen, indem wir erst im April einen Wahlverein gegründet haben.

Genossinnen und Genossen! Die Wahlen haben bewiesen, daß nur durch eine straffe und zielbewußte Organisation solche Ergebnisse errungen werden können. Deshalb rufen wir Euch zu: Abonniert unsere Parteipresse, tretet ein in den Sozialdemokratischen Wahlverein!

Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 2. Juli.

Material fürs Wohnungsamt.

Durch die Verordnung der Regierung über die Aktionierung der Wohnungen ist den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, der immer brennenderen Wohnungsnot zu steuern. Natürlich ist Voraussetzung, daß auch festgestellt wird, wieviel Zimmer die einzelnen Wohnungen über die rationierte Zahl hinaus aufweisen. Dieser dankbaren Aufgabe unterzieht sich zurzeit unsere eifrige Volkswehr. Nach den bisherigen Feststellungen ergibt sich nachstehendes überraschendes Resultat. Es wurden über das zulässige Maß festgestellt:

Table with 2 columns: ein Zimmer in 342 Fällen, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn, elf, vierzehn, fünfzehn.

Nun liegt es am hiesigen Wohnungsamt, vorliegendes Material praktisch zu verwerten. Man sollte meinen, mit diesen bisher ermittelten Zimmern könne sich schon etwas machen, um die Wohnungsnot zu erleichtern. Da die Feststellungen noch nicht abgeschlossen sind, so ist obiges Resultat nur als Teilergebnis zu betrachten.

Karlsruher Milchpreis.

Bekanntlich hat die Regierung den Milchhöchstpreis für unsere Stadt auf 68 3/4 pro Liter festgesetzt, während der Karlsruher Stadtrat denselben auf 76 3/4 pro Liter veranschlagte. Diese Höherfestsetzung wurde damit begründet, daß der behördlich festgesetzte Preis in Karlsruhe nur knapp ausreicht, um die Selbstkosten der Stadt für die Milch bis zum Ausgang aus der Zentrale zu decken, während außerdem noch 8 3/4 Kosten für das Liter für die Verbringung in die Haushaltungen durch die Händler entfallen. Wir misbilligen den Milchhändlern ihren Verdienst gewiß nicht, besonders für diejenigen der Vororte, die die Milch in der Milchzentrale abholen müssen, ist die Entschädigung nicht zu hoch.

Aber hier handelt es sich darum, wie der Preisbetrag gedeckt werden soll, der nach Ansicht des Stadtrats 1600 M für den Tag betragen würde. Das einfachste Mittel ist natürlich, man schraubt den Milchpreis so weit in die Höhe, bis kein Ausfall mehr entstehen kann. Diese Verteilung der Kosten ist aber eine sozial ungleich und trifft insbesondere die Kranken und Kinder, die ja nur allein Vollmilch zu beziehen berechtigt sein sollen. Ob dies im Interesse einer gesunden Bevölkerungspolitik liegt, bezweifeln wir stark.

Wir sind deshalb nach wie vor der Ansicht, daß es u. E. besser wäre, die fehlenden Beträge der Allgemeinheit aufzubringen und nicht nur allein denjenigen, die krank und vom „Kinderlegen“ begünstigt sind.

Wie dem Stadtratbericht zu entnehmen ist, hat die Neueinstellung der Höchstpreise durch das Ministerium eine nennenswerte Steigerung der Milchführung in die Stadt bis jetzt nicht bewirkt, was wir auch vorausgesetzt haben. Der Stadtrat nimmt deshalb den bekannten Vorschlag des Oberbürgermeisters auf und beantragt bei dem Ministerium des Innern, alsbald in eine kommissarische Beratung des Vorschlags unter Zugrundelegung der eingehenden Eingaben. Öffentlich bringen die Beratungen den gewünschten Erfolg für die Stadtbewohner.

Zu dem Bericht des Stadtrats nimmt in ihrer heutigen Ausgabe auch die „Karlsruher Zeitung“ eine ähnliche Stellung; unter der Überschrift „Der Karlsruher Milchpreis“ schreibt das Blatt: „Im Pressebericht des Stadtrats Karlsruhe ist mitgeteilt worden, der Stadtrat habe sich mit dem Minister des Innern über die Milchpreisfestsetzung gewissermaßen geeinigt. Das ist, so glauben ausgesprochen, nun nicht der Fall.“

Die seitens der Lebensmittelkommission mit dem Minister des Innern gepflogene Unterredung endigte mit einer Erklärung des Ministers, nach welcher für den Stadtrat die Aufforderung bestehen bleibt, den von der Regierung festgesetzten Höchstpreis für Milch anzuerkennen und damit auch anzuerkennen, daß der Beschluß der Regierung zu Recht besteht. Diese Erklärung stütze sich auf die von dem Herrn Oberbürgermeister ursprünglich betretene Auffassung, daß die Festsetzung des Verbraucherhöchstpreises für Kommunalverbände überhaupt nicht zur Zuständigkeit des Ministeriums gehöre. Gegenüber dem Einwande, daß die Stadt Karlsruhe mit einem Verbraucherhöchstpreis von 68 Pfg. nicht auskommen könne, hat der Minister die selbstverständliche Anfrage gemacht, die rechnerischen Kalkulationen hierüber objektiv nachprüfen lassen zu wollen und für den Fall, daß die höheren Spesen tatsächlich nachgewiesen werden, in eine entsprechende Erhöhung des Verbraucherhöchstpreises einzuvilligen. Damit ist keineswegs gesagt worden, daß der von der Stadt Karlsruhe festgesetzte Milchhöchstpreis gerechtfertigt sei, und daß das Ministerium von weiteren Schritten in dieser Sache absehe. Die Festsetzung des Verbraucherhöchstpreises den Städten zu überlassen, hat das Ministerium ausdrücklich abgelehnt, denn die breiten Schichten des Volkes machen in erster Linie immer nur die Regierung für die Gestaltung der Höchstpreise verantwortlich, so daß diese insoweit auch auf ihren Einfluß nach dieser Richtung hin nicht verzichten kann.

Festzustellen ist noch, daß sich, mit Ausnahme von Karlsruhe, sämtliche Stadtwahlvereine des Landes an die von der Regierung festgesetzten Höchstpreise halten. Nur von der Stadt Mannheim ist noch der Antrag an, den Verbraucherhöchstpreis für Butter etwas erhöhen zu wollen, um auf diese Weise die für Großstädte mitliegendes höheren Spesenfüße auszugleichen zu können.

Nun hat der Stadtrat Karlsruhe das Wort. Inzwischen darf die Bevölkerung ruhig die 76 Pfg. weiter bezahlen.

Der Karlsruher Aktionsausschuß.

Kurze Zeit nach Etablierung des hiesigen Aktionsausschusses zur Einigung des Proletariats haben wir unser Urteil dahin abgegeben, daß wir denselben als G. a. m. d. a. bezeichnen. Wer vielleicht der Meinung sein

solte, daß wir damit zu viel sagten, konnte gestern abend eines andern belehrt werden. Der Metallarbeiter Duenzer referierte im Saal 3 der Brauerei Schreyer über das Thema „Warum ist das Proletariat nicht einig?“ Tieserdenkende Zuhörer werden die Antwort mit nach Hause genommen haben, weil das Proletariat zur Zeit von einer Reihe kleiner Geister auseinanderdisputiert wird. Nicht Ausschluß zur „Einigung des Proletariats“ müßte sich dieses Gebilde nennen, sondern Ausschluß zur Auseinanderdriftung des Proletariats. Wenn der Ausschluß seine Aufgabe richtig auffassen würde, würde von der Behandlung der Frage in dieser Weise Abstand nehmen. Statt Beiseitlassung der Trennenden und Betonung des Einigenden, die Schimpferei auf die Regierung Scheidemann-Gebt, die Führer der Mehrheit und den „Volkstreund“, weiter nichts. Die „freie Diskussion“ bewegte sich in dem gleichen Geleise, wobei diese „freie Diskussion“ noch dadurch eine eigenartige Beleuchtung erhielt, daß sich der Gen. Sigmund, der die dicksten Vorwürfe gegen die Mehrheitssozialisten wiederlegen wollte, sich nur mit Mühe Gehör verschaffen konnte. Wie diesen Reuten zu diskutieren hat keinen Zweck. Duenzer fasste in seinem Schlußwort den Zweck des Vortrages zusammen in der Aufforderung des Anschlusses an die U.S.P., dann sei das Proletariat einig. „Ehr einfach! Für uns ist der Aktionsausschuß endgiltig erledigt.“

Heute abend Bezirksversammlungen

des sozialdemokratischen Vereins in folgenden Stadtteilen und Lokalen:

- Altstadt: „Alte Linde“, Ecke Adlerstr. und Birkel. Grünwinkel: „Zur Lokalbahn“. Mittelstadt: Gasthaus zur „Krone“, Ecke Amalien- und Douglasstraße. Mühlburg: „Zum Rheinlanal“, Rheinstraße. Oststadt: „Georg Friedrich“, Ecke Gerwig- und Georg-Friedrichstraße. Südstadt: „Auerbach“, Schützenstraße 58. Weststadt: „Felsenad“, Kriegstraße.

Interessante Vorträge werden in diesen Versammlungen gehalten von den Genossen: Stadtrat Dr. Dieß, Mich. Horter, M. d. L., Stadtrat Dr. Kullmann, Dr. Kraus, M. d. L., Architekt G. Sievogt, Dr. Hofheins, Rechtspraktik. am Realgymnasium, A. Weichmann, M. d. L.

Genossinnen und Genossen, erscheint recht zahlreich, die heutige bewegte politische Zeit erfordert Aufmerksamkeit! Der Vorstand.

Höchstpreise für Obst. Folgende Obsthöchstpreise sind von der Wabstischüberprüfung festgesetzt worden: Es kosten je 1 Pfund Reineclauden, Erzeugerpreis 65 3/4, Kleinhandelspreis 80 3/4; Mirabellen, ER. 65 3/4, KGH. 80 3/4; Frühweitschagen, große Pfäumen, ER. 55 3/4, KGH. 70 3/4; Erdbeerpäumen, 30 3/4; Frühbirnen, großfrüchtige, ER. 50 3/4, KGH. 65 3/4; Kleinfrüchtige, ER. 40 3/4, KGH. 55 3/4; Frühäpfel, ER. 40 3/4, KGH. 55 3/4; Fallobst, Wepfel und Birnen, 1 Zentner ER. 12 M, KGH. 17 M. In den Städten mit über 20 000 Einwohnern und den in dieser Hinsicht gleichgestellten Städten darf der Kleinhandelspreis vom Kommunalverbandsauschuß um 5 3/4 für das Pfund, für Fallobst um 3 M für den Zentner über die oben festgesetzten Kleinhandelspreise erhöht werden.

Die diesjährigen Höchstpreise bedeuten gegenüber denjenigen vom vorigen Jahr eine Steigerung von 15-27 3/4 pro Pfund je nach Art der Obstgattung. Wir meinen, die Erzeuger könnten damit sehr zufrieden sein, sobald sie nicht auf dem Wege des Schleichhandels ihr Obst verkaufen müssen. Die Stadtbewohnerung ist, wie immer, die Leidtragende dabei. Immer höher steigen die Preise für alle Lebensmittel, die Landwirte sammeln Reichtum auf Meckstum, während die Erzeuger für die große Masse der Konsumenten eine immer jäherere wird trotz der von gewissen Seiten so oft betonten „hohen Arbeiterlöhne und Beamtengehältern“, die bekanntlich in einem viel geringeren Prozentsatz steigen als die Preise für die notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel. Wohin diese Politik der Schraube ohne Ende führen soll, ist uns nicht ersichtlich. In maßgebenden bairischen Kreisen wird man aber doch mal Mittel und Wege finden müssen, um mit diesem System aufzuräumen.

Der Reichsbund der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen hielt am letzten Donnerstag eine Mitglieder-versammlung ab. Das Versammlungsort, der Saal 3 Schreyer, erwies sich als viel zu klein und war bereits vor Beginn der Versammlung fast überfüllt, so daß viele Mitglieder umhertreiben mußten. Eine 600 Mitglieder mögen anwesend gewesen sein und wohl ebenfalls konnten keinen Platz mehr finden. Der 2. Vorsitzende, Kamerad Ring, gab eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen bekannt und berichtete über die Arbeiten der verschiedenen Kommissionen (für Mitgliederbeiträge, Unterhaltungen, Hinterbliebenen usw.). Durch den Eintritt des bisherigen 1. Vorstehenden war eine Ersatzwahl erforderlich; der Ausschluß hatte Kamerad Franzmannmann Hodel zum 1. Vorstehenden gewählt, welche Wahl die Mitgliederversammlung nach einiger Diskussion fast einstimmig bestätigte. Die Ortsgruppe hat in letzter Zeit eine überaus große Arbeit zu bewältigen gehabt und muß sich nun ein eigenes Büro einrichten und durch einen Sekretär die Geschäfte erledigen lassen. Allgemein war der Wunsch, daß diese Einrichtungen, so bald als irgend möglich geschaffen werden sollten, besonders auch im Interesse der Kriegshinterbliebenen, deren Versorgung noch recht mangelhaft geregelt ist und die die Hilfe des Reichsbundes viel in Anspruch nehmen. Die Bezirkserteilung wurde beschlossen, so daß die Mitglieder besser wie bisher ihre Wünsche bei Versammlungen äußern können. Die Mitgliederversammlungen sollen von jetzt ab regelmäßig jeweils am ersten Donnerstag im Monat stattfinden. Die notwendig gemachte Beitragserschöpfung wurde so geregelt, daß Kriegsbefähigte und Kriegshinterbliebene monatlich 1 M an Beiträgen entrichten, Kriegshinterbliebene 80 3/4. Die mangelhafte Ausstattung der Bundeszeitung wurde allgemein gerügt und vom Vorstand Abhilfe der Mitgliedsbeiträge. Der große Besuch und auch der Verlauf der Versammlung war ein Beweis des großen Interesses, das von Seiten der Kriegsbefähigten, der Kriegsteilnehmer und insbesondere auch der Hinterbliebenen dem Reichsbund entgegengebracht wird. Der Reichsbund wird auch nach wie vor das Vertrauen rechtfertigen.

Sozialistische Beamten und Lehrer! Kommen den Freitag abends 8 Uhr findet eine Versammlung der sozialistischen Beamten und Lehrer in der „Alten Linde“ (Ecke Birkel und Adlerstraße) statt. Genosse Dr. Kahn spricht über „Vergeltungsforderung des Heilwesens.“ Alle Parteigenossen und Parteigenossinnen sind eingeladen.

Die Geschäftsstelle des Allgemeinen Deutschen Musiker-Bandes befindet sich jetzt in der „Kronenhalle“, Kronenstraße 3. (Näheres siehe Inserat.)

Einführung der ungeteilten Arbeitszeit. Nachdem die bad. Regierung für die staatlichen Beamten in den größeren Städten des Landes eine ungeteilte Arbeitszeit von 8 Stunden einschließlich einer halbstündigen Pause eingeführt hat, ermächtigte der Stadtrat die Vorstände der städtischen Kiemer und Betriebe, soweit es der Betrieb und Geschäftsgang zuläßt, auch für die städt. Beamten und Angestellten die ungeteilte Arbeitszeit einzuführen. Die Regelung der Dienstzeit bei der Hauptverwaltung befaßt sich der Stadtrat noch vor.

Zur Beschlagnahme der Lebensmittel bei Bürgermeister Gemberger in Bulach teilt uns die Volkswehr mit, daß die gerichtlich verurteilte Radfahrer die Freigabe der beschlagnahmten Waren nicht zutrifft. Genio treffe es nicht zu, daß Gemberger die Waren für die Bewohner Bulachs verwenden wollte, denn just im selben Moment, als die Volkswehr anrückte, stand schon ein Fuhrwerk bereit, um Waren wegzubringen, auch wurde ein Hof Del nach Neuburgweiler „beraubt“. Die Lebensmittel waren nicht im Rathaus, sondern im Wohnhaus Gembergers aufgestapelt. Ein Zeuge aus Au a. Rh. bestätigt, daß Gemberger wogungsweise Waren verschuggelte, auch laufen täglich Mitteilungen ein, die als erdrückendes Beweismaterial gegen Gemberger zu bewerten sind. — Die Volkswehr ist der Ansicht, daß der Fall Gemberger dazu anhalten ist, auch in die Lamesche Affäre in Weiertheim Licht zu bringen.

Nahrungsmittelkontrolle. Wegen Milchfälschung gelangten 7 Landwirtsfrauen und ein hiesiger Metzereibesitzer zur Anzeige. Ein Bäckermeister gelangte zur Anzeige, weil er Roggenbrot mit erheblichem Mindergehalt verkaufte.

Konzert im Stadtpark. Heute abend finden bei günstiger Witterung von 7 1/2-11 Uhr vollständige Musikaufführungen des Orchestervereins im Stadtpark statt.

Konzertklub. Da die für die Sommeroperette verpflichtete Sängerin Irene Horst von Wien wegen Erkrankung nicht eingetroffen ist, wird Fr. Friedrich die Stelle der ersten Sängerin für die Monate Juli und August einnehmen. Der Tenor Hans Joachim Faber von Breslau wird nach Beendigung des Eisenbahnerstreiks, der ihn bis jetzt am Reisen verhinderte, in den nächsten Tagen eintreffen.

Die Galerie Moss, Kaiserstraße 187, I bringt in den Monaten Juli und August eine Sonderausstellung „Schwarzwald“. Dieselbe enthält Gemälde und Graphik folgender badischer Künstler: Bernhard, Cong, Döhrer, Epler, Franke, Graf, Harbers, Hausen, Hausmann, Kampmann, Köhler, Lemmer, Piebich, Piel, Pöhl, Müller, Rhode, Rumm, Thoma, v. Wolfmann, Wildersheimer u. a. Ferner ist neu ausgestellt: Emil Beckmann. Die kürzlichsten Jungfrauen sowie neue Graphik von Josef Gegenbarth-Dresden.

Verhaftet wurde ein 49jähriger Maurer aus Steinfeld und ein 35 Jahre alter Metzger aus Oberzweier wegen Verdachts des Schleichhandels bzw. der Hehlerei oder des Diebstahls und wegen Verleidungsbruchs. Bei den Genannten wurden 11 Rollen Stoff, etwa 500 Meter, im Werte von 8000 M vorgefunden und beschlagnahmt. Wo der Stoff herriehrt, konnte noch nicht festgestellt werden. Nach der Beschlagnahme wurde die Ware beiseite geschafft.

Geländet wurde die Leiche des am 20. v. Mts. im Rheinbasen hier ertrunkenen Oberrealschülers Mühlstein.

Letzte Nachrichten.

Milchkonferenz der Arbeiterräte Deutsch-Oesterreichs. Wien, 30. Juni. Die Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutsch-Oesterreichs trat heute Vormittag im Sitzungssaal des ehemaligen Abgeordnetenhauses zusammen. Der Vorsitzende Friedrich Adler, räumte in seiner Eröffnungsrede Gründe an die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiter aller Länder und demilliommete sodann unter lebhaftem Beifall der Teilnehmer die Vertreter des Zentralrates, die deutschen Arbeiterräte Knoblauch und Zimmer. Knoblauch betonte, daß der durch die Entente veröpperte internationale Imperialismus den Zusammenbruch Deutsch-Oesterreichs mit dem deutschen Reich verbinde. Friedrich Adler gab sodann eine Darstellung der Entwicklung der Arbeiterräte in Deutsch-Oesterreich. Er erinnerte an die Stellungnahme des Reichsbolltagsauschusses gegen das Verlangen, auch hier angesichts der Münchener Ereignisse zur Austragung der Reichsbolltag zu schreiten. Unser Widerstand hätte den Erfolg, sagte Adler, daß wir nicht in die Niederlage des Münchener Proletariats hineingezogen wurden. Diese Niederlage des Proletariats in den anderen Ländern und umgekehrt, jeder Sieg wirkte auf die unmittelbare angrenzenden Länder zurück. Bei der Erklärung der Verträge der einzelnen Länder wurde der hanerische Delegierte, der scharfe Angriffe gegen die Kommunisten richtete, von diesen durch heftige Zwischenrufe unterbrochen, bis die Kommunisten den Saal verließen.

Briefkasten der Redaktion.

S. F. Wenden Sie sich an den Arbeitergenossenschaftsbund, System Trend, Vorsitzender Hansjermann, Karlsruhe, Poststr. 68, wo Sie alles Nähere erfahren werden.

L. N. Küher dem Verbandstag Ihrer Organisation fanden nach solche von anderen Verbänden statt. Wir werden alle, soweit dies der Platz gestattet, resumierend behandeln. Also bitte Geduld! D. Durlach. Sie müssen die Briefkästen in Berlin bestellen. Die andere Angelegenheit haben wir an maßgebende Stelle weitergeleitet.

M. 124 b. Tragen Sie Ihre Beschwerden im Arbeitersekretariat, Wilhelmstraße 47, mündlich vor.

D. R. in Würt. Durch den Tod wird in vorliegendem Falle, falls nicht schriftliche Vereinbarungen im Wege stehen, der Nachtrag nicht berührt.

L. G. Wenden Sie sich an das dortige Bezirksamt, wo Sie genaue Auskunft erhalten. Die Bestimmungen werden sich nach Unterzeichnung des Friedensvertrags wohl ändern.

Verantwortlich: für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Lokale Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Beiliefer Hermann Winter; für den Einzeligen Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Bulach. (Sozialdem. Wahlverein.) Morgen Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr findet in der „Krone“ Mitgliederversammlung statt, in welcher Genosse Hele-Karlsruhe über wirtschaftliche Fragen einen Vortrag halten wird. Vollständiges Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Auch „Volkstreund“-Beier sind dazu eingeladen. 4687 Der Vorstand.

Durlach und Karlsruhe. (Arbeiter-Verkehrsverein „Solidarität“) Am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, Ausfahrt nach Sagsfeld. Die Karlsruher Genossen treffen sich im „Gambelin“ und fahren über Durlach nach Sagsfeld. Abfahrt in Durlach 8 Uhr. In Sagsfeld wird Genosse Faber den Bericht erstatten vom Ganzen. Man bitte um zahlreiche Beteiligung. 4688

Budschal. (Naturfreunde.) Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, in der „Folch“ Versammlung. 4670



Vertical text on the right edge of the page, including fragments of other articles and advertisements.



# Leipziger Herbst-Mustermesse

## 31. August bis 6. September 1919

Auskunft erteilt auch der ehrenamtliche Vertreter des Messamts für den Handelskammerbezirk Karlsruhe: Konsul C. F. Otto Müller in Karlsruhe i. Baden, Fernspr. 243, und die Handelskammer in Karlsruhe i. Baden.

Anmeldungen und Anfragen sind zu richten an das

### Messamt für die Mustermessen in Leipzig

# S Krämer

Möbel- und Bettenhaus bietet an  
**Kaisersfr. 30**  
neben Hotel Erbprinz

### Schlafzimmer Wohnzimmer Herrenzimmer Küchen einzelne Möbel

zu noch  
mäßigen Preisen

4540

# Louis Baldas

Mitgl. V. Badische Musiker  
wohnt jetzt  
**Werderstrasse 42 III.**  
Sprechstunde 1/2-1/3 Uhr.

# Der Karlsruher Hausfrauenbund

ladet seine Mitglieder zu einer am Freitag den 4. Juli, abends 8 Uhr, im großen Rathhauseaal stattfindenden

# Steigerwald's Kumpfmofanfabrik

den wirklich vorzüglichen Kumpfmof, wie er aus  
**Steigerwald's Kumpfmofanfabrik**  
„Am Konferenztisch“  
bereitet wird. 4443  
Ein Liter kostet nur 14-16 Pfennig.  
Dieser vollmundige Apfelmoftanfabrik bestreift jeden  
Kammer. Steigerwald's Kumpfmof-Anfabrik ist  
in Packungen für 50, 100 und 150 Liter Getränk  
mit oder ohne Sahnstoff überall zu haben.  
Auf Wunsch weisen Bezugsquellen nach:  
**S. Steigerwald & Comp., Heilbronn a. N.**

# Mitglieder-Versammlung

ein. Tagesordnung:  
**Carlvertragsentwurf für Hausangestellte,  
Monats- und Putzfrauen u. a.**  
Der Beschluß der organisierten Hausfrauen ist bei der  
Wichtigkeit der zu behandelnden Fragen von den weit-  
gehendsten Folgen begleitet. 4653  
Pöhlhähliges Erscheinen dringend notwendig.  
Der Vorstand.

# Züchtige Zigarren-Sortiererinnen

bei gutem Lohn **sofort gesucht.**  
Man bittet sich bei der Geschäftsstelle des  
Volkshaus zu melden. 4601

# Zahlungs-Aufforderung.

Das zur Zahlung verfallene 1. und 2. Viertel der Um-  
lage für 1919 ist bis längstens 16. ds. Mts. an die un-  
terzeichnete Kasse zu entrichten. Nach Ablauf dieser  
Frist ist von den Schuldner die in dem Forderungs-  
zettel angegebene Verzinsungsgebühr zu entrichten,  
außerdem müßte gegen die säumigen Schuldner  
Zwangsvollstreckung angeordnet werden.  
Umlagepflichtige, welche noch keinen Umlagefor-  
derungszettel erhalten haben, wollen sich schriftlich oder  
mündlich bei uns melden. Zahlungen wollen bargeld-  
los geleistet werden. 4654  
Karlsruhe, den 1. Juli 1919.  
Stadtkassendirektor A.

# Palast-Lichtspiele

11 Herrenstraße 11

Nur 3 Tage!

Der spannende nordische Kunstfilm  
**Die Zigeunerprinzessin**  
Volksschauspiel in 5 Akten.  
Hauptdarsteller:  
**Henry Seemann  
Ellen Rassow.**

Der  
**Paradiesvogel**  
Gesellschafts-Drama in 3 Akten  
mit  
**Lilly Bech.** 4657

Kassen-Eröffnung 1/3 Uhr.  
Letzte Vorstellung 9-11 Uhr.

**Künstlerische Musik-Illustrationen**  
Leitung: Herr Kapellmeister FREUDIG.

Die Geschäftsstelle des  
**Allgemeinen Deutschen Musiker-  
Verbandes**  
Lokal-Verein Nr. 110, Karlsruhe  
befindet sich ab 1. Juli 1919 in der  
„Kronenhalle“, Kronenstrasse 3.  
Telephon Nr. 1204.  
Geschäftsstunde von 11-1/2 Uhr vorm.  
**Stellenvermittlung für Blas- und  
Streichmusik** in allen Besetzungstärken  
Alle Anfragen und Aufträge sind an die  
Geschäftsstelle erbeten. 4651

# Ein neuer Beruf

ist heute die Sorge von Tausenden, die durch diesen  
entschiedlichen Krieg ihrer bisherigen Tätigkeit, ihres  
Lebensberufes beraubt sind. Allen, die unter ihnen müssen,  
empfehlen wir daher, **unserem** **Verbande** **zu**  
treten, die Allgemeinbildung zu heben, Examen oder  
Prüfungen nachzuholen, sich neue Kenntnisse, od. bank-  
technische Kenntnisse zu erwerben, eine landwirtsch. u.  
Fachbildung zu erwerben od. technisches u. fachwissen-  
schaftl. Können zu vervollkommen. **Wir** **haben** **den** **noch** **nie** **da-**  
**vor** **bestehende** **52** **St.** **u.** **1/2** **St.** **1919** **über** **die** **Schul-**  
**unterrichtsmethode** **Rustin** **aus** **der** **technische** **u.** **fach-**  
**wissenschaftliche** **Bildung** **die** **80** **St.** **starke** **Brosch.** **für** **K.** **1919**  
**über** **das** **System** **Karasek-Hachfeld** **ausgegeben** **und**  
**portofrei** **Stund** **und** **Beruf** **bitten** **wir** **anzugeben.**  
**Bonnese & Hachfeld, Verlagsbuchh.** **Potsdam.** 4659

# Sofort gesucht: Kriegerwitwe

oder sonstige weibl. Person sowie  
**Küchenmädchen**  
zur Zubereitung einfacher Mittagskost an d.  
durchgehender Arbeitszeit für Angestellte größerer  
Körperschaft.  
Schriftliche Offerten mit Gehaltsansprüche  
unter Nr. 4662 an das „Volkshausbüro“.  
4662

# An die Angestellten- und Arbeiter-Ausschüsse sämtlicher Bureaus und Betriebe der Stadt Karlsruhe und Vororte!

Am Donnerstag, den 3. Juli, abends 1/8 Uhr, findet im  
Saal III (Schrempf), Waldstraße 16/18

# Grosse Versammlung

sämtlicher Angestellten- und Arbeiter-Ausschüsse, sowie der Vertrauens-  
leute statt.

Tages-Ordnung:  
1. Betriebs- und Wirtschaftsräte.  
2. Das Heimstättengefeß.

Die unterzeichneten Organisationen ersuchen die Ausschussvertreter  
und Vertrauensleute der einzelnen Bureaus und Betriebe in Anbetracht  
der Wichtigkeit der zu behandelnden Punkte um pöhlhähliges und pünkt-  
liches Erscheinen. 4511

Gewerkschaftskartell Karlsruhe.  
Ortskartell der freien Angestellten-Verbände.

# Günstig für Brauleute.

Aweds Parzahlung, daher billige Beschaffung von  
Wohnungseinrichtungen; auch für Einzelmöbel, gibt

# Darlehen

mit monatlicher Raten-Rückzahlung  
Diskretion zugesichert.  
Mittelbadische  
**Privat-Spar- und Darlehenskasse** 2801  
Karlsruhe i. B., Douglasstr. 26. — Tel. 1056.

# Stenotypistinnen

für sofort gesucht, 4508  
es kommen nur nachweisbar erste Kräfte, die  
mindestens 180 Silben stenographieren und wirk-  
lich flott maschinensreiben für die Posten in Frage.

# Städt. Arbeitsamt

Weibliche Abteilung. Zähringerstr. 100.

# LUXEUM Lichtspiele

Kaiserstr. 168. Telefon 3985.  
Mittwoch-Freitag. Nur 3 Tage

Das neueste Erlebnis des Detektivs  
**Rat Anheim**  
Das unheimliche Schloss  
Spannendes Detektivabenteuer  
in 4 Akten.  
In der Hauptrolle:  
**Heinrich Peer als Rat Anheim.**

Der beliebte Modetanz im Film  
**Fox-Trott**  
Ein ausgezeichnete Unterrichts-film, in  
dem jeder Schritt und jede Bewegung  
gelehrt wird vom Solotänzer **Franz  
Wilhelm**. Jeder Besucher lernt Fox-  
Trott tanzen, das Originellste was je  
gezeigt wurde.

So fallen die Lose des  
**Lebens** 4737  
Dramatisches Lebensbild in 4 Akten mit  
**Liane Haid**  
Künstlerkapelle.

# W. MUND, ARCH.

KARLSRUHE - MAXAUSTRASSE 26

# Ziegenzucht- Berein

Karlsruhe.  
Am Donnerstag, den 3.  
ds. Mts., abends 8 1/2 Uhr  
im Goldenen Adler Be-  
sprechung wegen Deullie-  
ferung und Vormerlung gegen  
Voransbezahlung, wozu die  
Mitglieder höflichst ein-  
geladen werden. 4508  
Der Vorstand.

# Daniels

Konfektions-Haus  
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.  
Voil- und Tall-  
Blusen  
Seiden- und Luster-  
Jacken  
Seiden- und Rips-  
Mäntel  
Eoillenne- und  
Seiden-Röcke  
gestrickte  
Seiden-Jacken.  
Aus Reichware:  
Jackenkleider,  
Röcke,  
Kinderkleider,  
Blusen.  
Keine Ladenspesen.

# Gesucht 4641

erfahrener selbständiger  
**Ankerwickler**  
welcher eine Meisterstelle  
bekommen kann. Die Stellung  
ist dauernd. Es wollen sich  
nur ältere Leute melden  
oder verheiratete Leute.  
**Heim & Cie.**  
Ludwigsplatz a. Rh.  
Werderstraße 16.

# Altimetalle

Pumpen, Flaschen, Pa-  
pier, Bücher, Keller, u.  
Speicherfram, Felle, alte  
Maschinen usw., kauft  
zu hohen Preisen 4638  
**Karl Kreis,**  
Angartenstr. 27, St. III.  
Ein Posten 4631

# Socken

per Paar 3.- Mark.  
**Arthur Baer**  
Karlsruhe, Kaiserstr. 133  
Eingang Kreuzstraße, 1 Tr.